

Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHEZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Leipzig wählt nach

... und LN dokumentiert die Erklärung, warum der Kandidat von Linkspartei und WASG nicht wieder antritt **Seite 9**

■ Malen wie am Fließband

„Neue Leipziger Schule“ als profitable Geschäftsidee **Seite 4**

■ Hoffnungsschimmer

Zum Stand der Auseinandersetzungen um Rentengerechtigkeit für Mitarbeiter des MfS **Seiten 8–9**

■ Tauwetter ging vorüber

Vor 50 Jahren tagte der XX. Parteitag der KPdSU **Seite 12**

3

2006

Nur
ein
Euro!

14. Jahrgang
10. Februar

www.
leipzigs-
neue.de

Quelle-Versandzentrum Leipzig

Vom Hoffnungsträger zum Stellenvernichter



Am vergangenen Sonnabend versammelten sich vor dem Karstadt-Kaufhaus am Brühl Quellemitarbeiter und -mitarbeiterinnen und Sympathisanten zu einer Protestkundgebung. Aktueller Anlass dafür waren die zum 1. März wieder anstehenden Kündigungen. Diesmal sollen etwa 300 Beschäftigte gehen. Da der Betrieb jedoch in einzelne GmbH zergliedert ist und es inzwischen einige Erfahrungen mit der Desinformationspolitik des Konzerns gibt, befürchten die Mitarbeiter eine höhere Dunkelziffer und das Umgehen des Sanierungsvertrages, der betriebsbedingte Kündigung bis 2007 ausschließt. Nicht ganz nebenbei: Man erinnere sich des Jubels der Leipziger Stadtobere über künftige Arbeitsplätze, als Quelle dank kräftig abgefasster Fördermittel in Leipzig seinen „Leuchtturm“ äußerst kostengünstig als Ersatz für seine maroden Gebäude in Fürth schuf. „Doch jetzt wird der Leuchtturm dunkel“, so Betriebsrätin Marianne Halfter.

Quelle baut verschlissene Arbeitskräfte ab

Streik wird nicht mehr ausgeschlossen. Gearbeitet wird bei Quelleversand ohnehin auf Verschleiß. Nicht was die Maschinen betrifft, sondern die Menschen. Die einen werden entlassen, die anderen müssen mehr „Rutschen“ bedienen. Was für ein Zufall, dass die meiste Mehrarbeit ausgerechnet von unbequemen Vertrauensleuten oder engagierten Gewerkschaftern zu leisten ist. (LN berichtete in der letzten Ausgabe über den Prozess der Vertrauensleutesprecherin Gudrun Kimmeler, der auch Packfehler als Grund für ihre Kündigung vorgeworfen werden.) Mit der Mehrarbeit steigt die Fehlerquote ja tatsächlich, Erkrankungen an Wirbelsäule, Armen und Beinen nehmen zu. Arbeitshetze und Arbeitsbelastungen sind schier unerträglich. Wer unter diesem Druck „zu viele“ Fehler macht oder „zu oft“ krankgeschrieben ist, wird zuerst

gekündigt. Folglich wird der Arztbesuch auf die lange Bank geschoben. Eine Kollegin berichtete, sie sei nun schwerbehindert. Als die Quelleleitung davon erfuhr (auf welchem Wege übrigens?), wurde sie entlassen. Das Sozialamt setzte dem Ganzen noch die Krone auf und unterstellte der Frau, sie hätte sich nicht genügend um ihre Gesundheit gekümmert. Die vielen von ihr selbst bezahlten Physiotherapien zählen offenbar nicht. Immerhin braucht Quelle nun dank dieses behördlichen Freispruchs die Kollegin nicht weiter zu beschäftigen, eine ohnehin nur mittelprächige Abfindung entfällt auch. Nun sind solche „Special Relationships“, solche speziellen Beziehungen zu diversen Ämtern und Behörden weder bei Quelle noch bei anderen Großbetrieben keine Seltenheit mehr. So lange Aufsichtsratsposten begehrt sind, kennt und hilft man sich auch.

Nachhilfe fürs Kapital

Der Jahresbeginn ist die Zeit der Gewinnmeldungen auch der großen deutschen Unternehmen und Banken. 3,8 Milliarden Euro plus meldet allein die Deutsche Bank. Rekord! Über eine Milliarde mehr als im auch schon vergoldeten Vorjahr. Weshalb unverzüglich noch 6400 Arbeitsplätze abgebaut werden müssen. Schon irgendwie gewitzt, jener Kreis von Unternehmensberatern, der wieder warnt, die Gewerkschaften könnten diese Gewinne zum Anlass für höhere Lohnforderungen nehmen. Weshalb in den kommenden tarifpolitischen Auseinandersetzungen große Gefahren verborgen seien.

Welche denn? Für wen?

Und dabei, so der einstige Banker und nunmehrige Bundespräsident Köhler, dürften, um das Unternehmertum, das scheue, zu fördern, dessen „Gewinne nicht unter Generalverdacht gestellt werden“: „Viele Unternehmen in Deutschland machen stattliche Gewinne, und darüber sollten wir uns freuen.“

Warum? Und wer ist „wir“? – Der Billigjobber, der langzeitarbeitslose Alg-II-Empfänger, der jeder Hoffnung beraubte Jugendliche, der Rentner in der dritten Nullrunde? Nichtzuletzt ihnen und einer rigorosen Umverteilung des Volksvermögens von unten nach oben verdanken es die deutschen Unternehmen, dass sie so viel verdienen wie noch nie in ihrer Geschichte. Ein übrigens schon seit Jahren anhaltender Trend, der sich durch alle Branchen zieht – und weltweit Spitze ist!

Da können verantwortungsbewusste Gewerkschaften wahrlich nichts Klügeres tun, als mit hohen Forderungen in die kommenden Tarifverhandlungen zu gehen. Das mag die Geld scheffelnden Aktionäre von DaimlerCrysler bis Siemens zwar ärgerlich (ärmer macht es sie eh kaum). Aber eine nur ein bisschen gerechtere Verteilung der Unternehmensgewinne kommt am Ende nicht nur dem einzelnen Lohnempfänger zu Gute, sondern auch der Wirtschaft. Das ist so simpel, man schämt sich schon, es immer wieder zu wiederholen.

Es stimmt halt – und nicht erst seit Marx diese Erkenntnis zu Papier brachte –, dass Kapitalisten nicht volkswirtschaftlich, sondern immer nur eng betriebswirtschaftlich denken können.

Bleibt nur zu hoffen, dass ihnen kampfbereites Volk die nötige Nachhilfe gibt. Denn die Merkels, Müntes und Köhlers tun es gewiss nicht.

• M. WARTELSTEINER

Neben den Schilderungen der Zustände bei Quelle von jetzigen und ehemaligen Mitarbeitern gab es zur Protestveranstaltung in Leipzigs Zentrum auch zahlreiche Solidaritätserklärungen von Arbeitslosen, Montagsdemonstranten aus Leipzig und Altenburg, dem IG Metall Betriebsrat Infineon Dresden, einem Vertrauensmann bei Mitec Eisenach, der von ganz ähnlichen Freundschaften zwischen Betriebsleitung und Arbeitsamt bei der Verhinderung von Gewerkschaftsarbeit berichten konnte, Günter Schlawe (MLPD) und vom OBM-Kandidaten Dr. Dietmar Pellmann (Linkspartei.PDS).

Obwohl nur zwischen 70 und 80 Teilnehmer anwesend waren, wohl auch wegen der klirrenden Kälte, zeigte das Spektrum der Beteiligten, zeigte ihre Solidaritäts- und Kampfbereitschaft, eine gefühlte Temperatur, die für einen heißen Frühling spricht.

• THOMAS BLOCH

Auf ein Wort bitte



EGON KRENZ

... schreibt zusammen mit anderen Linken in dieser neuen LN-Rubrik

Über deutsche Atomwaffen will er diskutieren, der Rupert Scholz. Jener Mann, der einst die Befehls- und Kommandogewalt über die Bundeswehr hatte. Kein Laie also. Der Ex-Verteidigungsminister Bonns weiß, wovon er spricht, wenn er für die Bundesrepublik Atomwaffen will. Schon einmal, in den 50er Jahren, strebte sie die Verfügungsgewalt über diese Massenvernichtungswaffen an. Dass sie ihre Pläne nicht realisieren konnte, hatte viel mit der Existenz der DDR zu tun.

Ich erinnere mich, dass Scholz 1988 mit uns ein richtig unangenehmes Problem hatte. Er bekam Post von Verteidigungsminister Heinz Kessler, die ihm so gar nicht gefiel. Der DDR-Politiker hatte ein Treffen der beiden deutschen Verteidigungsminister vorgeschlagen. Das war kurze Zeit nachdem der NATO-Rat in Brüssel beschlossen hatte, an der „Strategie der nuklearen Abschreckung“

festzuhalten. Und das, obwohl die Warschauer Vertragsstaaten 1987 eine neue Militärdoktrin verabschiedet hatten. Sie setzte ausschließlich auf Verteidigung. In ihr wurden militärische Angriffe ausgeschlossen. Nun schlug Kessler seinem bundesdeutschen Kollegen vor, die DDR und die BRD sollten sich gegen den Einsatz von Atomwaffen wenden und sich von der Doktrin der atomaren Abschreckung distanzieren.

Vordenker, nicht Einzelkämpfer

Zu den Vordenkern sollte auch gehören, die Territorien beider Staaten für einen atomwaffenfreien Korridor in Europa zur Verfügung zu stellen. Scholz war dazu nicht bereit. Die Bundesrepublik Deutschland war Bündnispartner der USA. Sie durfte mit der DDR nicht über militärische Entspannung reden. In der Zeit des kalten Krieges war die Gefahr eines heißen, gar eines Atomkrieges außerordentlich groß. Doch es gab eine entscheidende Barriere dagegen: Beide Seiten wussten: Eine militärische Auseinandersetzung zwischen den Systemen könnte das Ende der menschlichen Zivilisation sein.

Nach dem Untergang der Sowjetunion und ihrer Verbündeten gibt es nun kein Korrektiv mehr gegen militärisches Abenteuer. Glaubt Scholz deshalb, er könne an die Politik der 50er Jahre anknüpfen, um die Bundeswehr atomar zu bewaffnen? Russlands Präsident Putin hat kürzlich

gesagt, der Untergang der Sowjetunion sei die größte globalpolitische Katastrophe am Ende des vergangenen Jahrhunderts. Wie Recht er hat!

Scholz ist Jurist. Er kennt den Atomwaffensperrvertrag und den „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“. Dort ist der Verzicht Deutschlands auf Atomwaffen völkerrechtlich verankert. Will der Verfassungsjurist die völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands aushöhlen? Das wäre Denken in den Kategorien von George Bush. Wo das hinführt, sehen wir deutlich im Irak. Könnte meine Befürchtung übertrieben sein? Kaum.

Sicher, alle Parteien im Bundestag kritisieren den Tabubruch von Scholz. Doch das war nur ein Sturm im Wasserglas. „Nicht hilfreich“, meinte die CDU, sei Scholz's Vorstoß. Das ist eine ganz zurückhaltende, eher vorsichtige Aussage, bei weitem keine Abfuhr! Zu fragen ist: Wo bleibt der energische Protest der Regierung gegen Gedankenspiele, die nicht nur für Deutschland gefährlich sind? Vertritt Scholz vielleicht nur eine Einzelmeinung? Das glaube ich nicht. Der Konservative meldet sich nicht zu Wort, um sich zurückzuziehen. Feindbilder hat er schon immer gepflegt. Er will Boden bereiten. Der Pensionär Scholz ist kein Einzelkämpfer. Er ist Vordenker einer bestimmten Politikrichtung. Und das macht seine Idee gefährlicher, als sie auf dem ersten Blick erscheint.

Also doch Missbrauch von 1-Euro-Jobs

LN. Leipzigs Stadtreinigung hat Mitte Januar 25 Arbeitslose als 1-Euro-Jobber in normalen Arbeitskolonnen und inzwischen auch wiederholt im Winterdienst eingesetzt, wie die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di mitteilte. Schlimm genug, dass dies ohne die für solche Arbeiten vorgesehene Arbeitskleidung erfolgte. Der eigentliche Skandal aber ist, dass damit reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze rechtswidrig missbraucht werden. Schließlich wurde bei der Einführung versprochen, dass damit niemandem die reguläre Arbeit weggenommen werde und 1-Euro-Jobs lediglich „für zusätzliche Aufgaben im allgemeinen Interesse“ zulässig sind. Der Winterdienst aber gehört zum Pflichtprogramm eines städtischen Betriebes. Ver.di fordert deshalb die Umwandlung der 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse.

Unerwartete Reaktionen

In den islamischen Ländern haben religiöse Gefühle einen außerordentlichen Stellenwert. Namentlich die Verletzung heiliger Tabus stößt auf eine ausgeprägte Empfindsamkeit. Das ist zuerst zu bedenken bei der Beurteilung der außer Kontrolle geratenen Situation im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen in europäischen Zeitungen. Dennoch überraschen die Breite, die Intoleranz und die zerstörerische Aggressivität von Protestierenden. In der Tat gebietet der Koran: „Bekämpft auf Allahs Weg die, die euch bekämpfen“, aber auch: „doch begeht keine Übertretungen“. Dem entspricht, dass sich Mullahs den Brandstiftern in den Weg stellen. Verletzung religiöser Befindlichkeiten kann somit nicht als ausreichende Erklärung für unkontrollierte Ausschreitungen dienen. Viele Ereignisse auch im heutigen Europa wie in der Geschichte zeigen, dass religiöse Kämpfe aufs engste mit nationalen und sozialen Konflikten verknüpft sind. Eine relativ harmlose Angelegenheit war hier deshalb geeignet, angestauten Zorn über die anmaßende politische, militärische und geistig-kulturelle Einmischung westlicher Mächte in die muslimische Welt zu entladen. Von unzivilisierten Methoden des Widerstands müssen aber nun die nicht reden, die diese Länder mit Ausplünderung und Krieg überzogen haben.

• KURT RECHT

Elite-Universitäten?

Wenn von Elite-Universitäten die Rede ist – bei deren beabsichtigter Herausbildung der deutsche Osten jüngst übergangen wurde –, ist offenbar das Streben nach dringend gefragten Spitzenleistungen in der Forschung gemeint. Da derartige Erwartungen vorrangig an Forscher-Eliten geknüpft werden, verbunden mit besonderer finanzieller Förderung, muss man sich aber zunächst fragen, ob der Begriff Elite nicht von vorherein einen falschen Akzent setzt. Ohnehin sind die Hochschulen – jetzt auch im Osten – weitgehend auf die Heranbildung elitärer Fach- und Führungskräfte orientiert. Das beginnt damit, dass sich die Studierenden vor allem aus den gut situierten Bevölkerungsschichten rekrutieren. Bei der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses setzt sich diese Tendenz verstärkt fort. Damit ist von vorherein der Entdeckung und Förderung wissenschaftlicher Talente eine Grenze gesetzt, die auch mit viel Geld nicht aufzuwiegen ist.

• GÜNTER LIPPOLD

Kein Bock mehr auf Wahlen

Nur jeder dritte Leipziger hat gewählt / OBM-Nachwahl am 26. Februar / Dietmar Pellmann tritt nicht wieder an

34,9 Prozent von 407 000 Leipziger Wahlberechtigten gingen am Sonntag an die Urnen, um einen Oberbürgermeister zu küren, nachdem der alte die Stadt fluchtartig in Richtung Berlin verlassen hatte. Diese deutliche Wahlabstänze so vieler Leipziger dürfte mit dem von Wolfgang Tiefensee hinterlassenen Chaos zu tun haben.

Die notwendige absolute Mehrheit erreichte keiner der Bewerber. Damit gibt es am 26. Februar einen zweiten Wahlgang, zu dem alle Kandidaten antreten können. Anders als in anderen Bundesländern gibt es in Sachsen keine Stichwahl. Eine gute Ausgangsposition, die Nachwahl zu gewinnen – es genügt dann die einfache Mehrheit –, hat SPD-Mann Burkhard Jung. Dennoch bedeuten seine 41,6 Prozent für die SPD einen Verlust von rund 25 Punkten im Vergleich zur OBM-Wahl 2005. Weshalb der eigentliche Wahlsieger Uwe Albrecht von der CDU ist (32,7 %), auch wenn er seine Parteizugehörigkeit auf den Wahlplakaten verschwiegen hat, „weil es ja eine Personenwahl“ sei. Immerhin konnte er die in Leipzig bisher üblichen CDU-Ergebnisse verdoppeln und damit den Linkspartei- und WASG-Kandidaten Pellmann auf den dritten Platz (15,5 %) verweisen. Dessen Wahlkampf war stark, wenn auch wegen seiner viel zu späten Nominierung sehr kurz. Seine Aussagen ehrlich. Aber die Partei hinter ihm ist wohl einfach zu ruhig in der Stadt. Ihre Stadtratsfraktion kämpft geduldig um kleine Verbesserungen für die Bürger, geht dafür viele Kompromisse ein. Viel-

leicht zu viele. Aus Verantwortung für die Stadt hat die Linkeder SPD sofort ein Gesprächsangebot unterbreitet, das jedoch sofort abgelehnt wurde. Eine Erklärung, warum Dietmar Pellmann im zweiten Wahlgang nicht wieder antritt, dokumentiert LN auf Seite 9.

Aber wer von den Linken könnte sich einen linken Bürgermeister wünschen, der kaum noch Entscheidungsspielräume hat in dieser Stadt mit ihrem Schuldenrekord, den Arbeitslosenrekorden, dem Sozialhilfempfangsrekord ... Egal, wer am 26. nun das Rennen macht, ändern wird sich in Leipzig ohnehin nichts. Die Kommune hängt an der verdorrten Nabelschnur von Bund und Land.

Auch Jung, der chancenreiche derzeitige Beigeordnete für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schulen, hat keine Rezepte parat. Bloß ein – auf Wahlveranstaltungen ausgebuhtes – Versprechen „Weiter so!“. Dabei wird die Pampe täglich dicker, die ein selbstherrlicher Rathaus-Apparat an den Stadträten vorbei zusammenrührt. Gerade ein paar Tage vor der Wahl wurde ein neuer Skandal bekannt. Seit Oktober zwar gedeckelt, aber nun stinkt es um so mehr aus dem Topf. Zufall, dass das gerade die Zeit war, als die dafür Verantwortlichen, der große Zampano Tiefensee und mit ihm als Staatssekretär Leipzigs Planungschef Lütke Daldrup auf dem Sprung nach Berlin waren – und wahrlich keine schlechte Presse brauchten? Einige Stadträte kamen nämlich endlich dahinter, dass das Finanzierungsmodell für das betonklotzige Neue Bildermuseum auf Leipzigs endgültig ruiniertem Sachsenplatz nicht stimmt. Zwar ist der Bau mit

74,5 Millionen Euro jetzt schon 15 Millionen teurer als ursprünglich versprochen (bei 18monatiger Bauzeitüberschreitung) und die Glasfassade, die dem Riesenbau einiges von seiner Brutalität nehmen könnte, ist auch in weiter Ferne. Zudem sind keine Investitionen in Sicht, die sich für die von den Architekten ausgedachten noch offenen drei Eckbauten erwärmen, was der Stadt nochmals ordentlich Geld für die Grundstücke hätte bringen sollen.

Die Crux ist – in der Stadtverwaltung wusste man das und verschwie es den Stadträten – dass der Stadt laut Einigungsvertrag gar nicht das gesamte Areal gehört. Der Bund hat Teile davon in seinem Besitz. Nun mauschelten die Leipziger Verantwortlichen, um einen Kompromiss zu erzielen. Er kostet Leipzig alles in allem eine Million Euro. Seit Oktober soll die Forderung offiziell sein, aber im Haushalt taucht der Posten nicht auf. Man hätte ihn ja benennen und begründen müssen. Wie aber will man die Million nun begleichen? Auf die Art, die in Leipzig üblich ist, irgendwie – und immer am gewählten Stadtrat vorbei – und auf Kosten der immer weiter zusammengestrichenen Pflichtaufgaben der Stadt.

Übrigens war kurz nach dieser Enthüllung eine Notiz in der hiesigen Tageszeitung: Gegen OBM Tiefensee laufende Ermittlungen (auch eine Olympia-Angelegenheit) wurden eingestellt. Nicht mangels Masse, sondern weil die Anzeige nicht fristgemäß eingereicht worden sei. Wundert sich noch jemand, wenn sich die Bürger zurückziehen und keinen Bock auf Wahlen haben?

• M. W.

Das Versagen von Hartz I bis Hartz IV ist ja nicht nur eine Erkenntnis aus millionenteuren überflüssigen wissenschaftlichen Untersuchungen, es ist vor allem Alltag hunderte Tausender Betroffener. Was heißt: Ihre Menschenwürde ist in diesem Staat kaum noch einen Pfifferling wert. Sie sind lästige Bittsteller, deren Bedarfe – was für ein entlarvend hässliches Beamtendeutsch – kaltschnüzig mit allerhand Paragraphen und Verordnungen –, „rechts“ natürlich – abgeschmettert werden.

Ralf Ludwig, seinerzeit anerkannter Diplom-Agrar-Ingenieur und nun Hartz-IV-Almosen-Geschädigter, ist einer der bisher 52 088 Kläger gegen die Auswüchse von Hartz IV. Doch was ist eine noch so hohe Zahl gegen das einzelne Schicksal, die Not, die Angst, die sich dahinter verbirgt? Vor vielen Jahren hat Ralf Ludwig in LN aufrüttelnd sein Los als Sklave einer Zeitarbeitsfirma geschildert. Heute sitzt er in der Redaktion und bittet uns, seine Sorgen für ihn aufzuschreiben. Er selbst kann nicht mehr, es kämen beim Nachdenken, beim Satzeformulieren die gefürchteten Depressionen über ihn. Er kann einfach nicht mehr.

Ralf Ludwig soll für das Jahr 2004 exakt 146,27 Euro Betriebskosten nachzahlen. Seine Widersprüche (auch zu diversen Mieterhöhungen und anderen Problemen) und die lakonischen Abschmetterungen füllen schon eine Mappe.

„Wie Dreck werd' ich behandelt. Was die mit mir machen“. „Die“ von der Arge werfen ihm nämlich vor, dass er „nicht wirtschaftlich mit Heizung und Warmwasser umgegangen“ ist, weshalb seine Kosten unangemessen hoch seien. „Eine Übernahme der Kosten kann deshalb nicht erfolgen“ – i. A. Arge usw.

Ralf Ludwig hat sowieso keine 146,27 Euro. Das andere an diesem Problem ist

die eklatante Unterstellung, Wasser und Wärme verschwendet zu haben. Ihm stünden pro Quadratmeter Wohnfläche 0,95 Euro als „angemessen“ für Warmwasser zu. (Wobei ihm von seinem ALG-II-Geld ja ohnehin laut Leipziger Stadtratsbeschluss die 8,18 Euro für Warmwasser abgezogen werden – entgegen aktueller Rechtsprechung, die besagt, dass alle zum Wohnen gehörenden finanziel-

ohnein ein Gesetzesverstoß ist. Denn wenn ein Messgerät für den Warmwasserverbrauch vorhanden ist, so wie in Ludwigs Haus, dann muss auch extra abgelesen werden). Dann, erinnert sich Ralf Ludwig, war ich während der Heizungsperiode, für die nun nachzuzahlen ist, auch noch acht Wochen im Krankenhaus. Da war die Heizung sowieso auf Nachtbetrieb gestellt.

gar nicht zu reden, in denen stundenlang wegen – so häufiger? – Reparaturen einfach keine Wärme anliegt. Aber stets, wenn er vom Beschwerdegang heim kam, war die Reparatur wohl gerade abgeschlossen und die Wärme wieder da. Ralf Ludwig hat sich die Kältezeiten aufgeschrieben., 24. 10., 25. 10., 26. 10., 31. 10. ...). Zeit hat er ja genug. Wer vermittelt ihn schon in Arbeit? Arge, die von ihren Computern und deren anfälligem und unvollständigem Programm so total abhängige städtische Arbeitsgemeinschaft, die zwischen all ihren Paragraphen den Menschen kaum noch sieht? Einen Schwerstbehinderten noch dazu.

Überhaupt, wie ist das eigentlich mit dem „angemessenen“ Verbrauch angesichts des hohen Leerstandes in Ludwigs Haus und den zwei Außenwänden seiner Kleinstwohnung. Das wirkt sich doch auf den Verbrauch aus.

Aus anderer Perspektive gesehen, ist das natürlich gar keine so unglückliche Lösung, wenn ein paar Rest-Mieter allein dafür aufkommen, damit ein Haus nicht einfriert. Noch dazu, wenn es Mieter sind, von denen man annehmen kann, dass sie sich nicht wehren können: Ein Schwerstbehinderter wie Ralf Ludwig, der fast kein Wort mehr versteht (das Kassengerät ist halt das leistungsfähigste nicht), zwei alte Frauen, ein Ausländer ...

Ralf Ludwigs Angebot oder besser gesagt Ersuchen, ihm doch eine andere Wohnung in einem vollbelegten Haus zuzuweisen, was seine Nebenkosten gewiss erheblich senken würde, stößt ebenfalls nur auf Ablehnung. Da kämen schließlich Umzugskosten auf die Arge zu. Nein, so ist es schon bequemer. Nur leider nicht für Ralf Ludwig. Denn nach wie vor steht die für ihn unerfüllbare Forderung nach 146,27 Euro Nachzahlung. Knallhart. Von wegen der nicht zustehenden „Bedarfe“.

• MAXI WARTELSTEINER

Nicht jeder kann Eisblumen schön finden

Eine Arge-Lektion über die „Bedarfe“ eines ALG-II-Almosen-Empfängers

len Belastungen zu erstatten sind). Der „angemessene“ Verbrauch der anderen Nebenkosten liege entsprechend bei 1,37 Euro je Quadratmeter im Monat. Was da bürokratisch geregelt ist, sind böhmische Dörfer. Wie soll LWB-Mieter Ludwig deuten, ob sein Heizungs- und Warmwasserverbrauch „angemessen“ ist, wenn auf seiner Ablesequittung der Wohn & Service Leipzig GmbH lediglich irgendeine Menge in irgend einer technischen Größe ausgewiesen wird. Woher soll er aus dieser Zahl wissen, wieviel das in Euro sind? Wobei, der Warmwasserverbrauch werde bei ihm noch nicht einmal extra ausgewiesen, sondern nur geschätzt. – Was

Übrigens: Was ist angemessen bei wochenlangen Außentemperaturen um die Minus zehn Grad, wie gerade gegenwärtig?

In der Broschüre, die Arge für solche Betriebskostenfragen herausgegeben hat, findet sich von der ersten bis zur letzten Seite keine wirkliche Hilfestellung, was unter „angemessen“ konkret zu verstehen ist. Ralf Ludwig blättert und blättert und kommt sich ziemlich verkauft vor. „Kriminelle Machenschaften“ murmelt er vor sich hin. Schwer, ihm zu widersprechen. Dabei ist er ein ordentlicher Mieter, dreht die Heizung nachts sowieso ab und jedes Mal, wenn er aus dem Haus geht auch. Von den sich häufenden ominösen Tagen

Hintergründe zur EU-Dienstleistungsrichtlinie

Bolkestein ist soziale Eiszeit

1985, ein Jahr nach ihrem „Brittenrabatt“-Erfolg auf dem Gipfeltreffen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG, die heutige EU) in Fontainebleau, startete Margaret Thatcher eine „grosse Politikinitiative“, die sie allerdings in der ihr verbliebenen Amtszeit nicht mehr froh machte. Es ging darum, die EWG drastisch zu ändern, und die negativen Konsequenzen dieses Kurses dauerhaft auf die Masse einfacher Menschen zu übertragen. Denn Thatcher hatte frühzeitig die zunehmende Rolle des Dienstleistungsbereichs in den Volkswirtschaften Europas erkannt. Um die EWG darauf „vorzubereiten“, musste sie zunächst zu einem „Europäischen Binnenmarkt“ ausgebaut werden. Das Problem für Thatcher war dabei nicht das Ob sondern das Wie des Zustandekommens.

In den bisherigen Verträgen der EWG waren freier Waren- und Kapitalverkehr innerhalb der Gemeinschaft schon festgeschrieben. Um dies für Dienstleistungen zu erreichen, waren die „freien marktwirtschaftlichen Werte“ für Thatcher und andere führende europäische Politiker keinesfalls ausreichend. Deshalb forderte sie die Abschaffung aller noch gebliebenen Handelsstarife, den Ausbau des Wettbewerbs bei Dienstleistungen, die europaweite und umfängliche Privatisierung von Eigentum der öffentlichen Hand und flächendeckende Deregulierung.

In Großbritannien wurden seit ihrem Amtsantritt 1979 große Schritte in dieser Richtung unternommen, deshalb erwartete sie Vorteile, falls eine solche Politik EWG-weit durchgeführt werden würde. Auf dem EWG-Gipfeltreffen in Milano im Sommer 1985 akzeptierten die anderen Staats- und Regierungschefs Thatchers Wunschkatalog, obwohl in der Konsequenz nicht so bri-

tenfreundlich, wie sie es geplant hatte. Milano eröffnete den Weg für die Einheitliche Europäische Akte (EEA), die die Schaffung des Gemeinsamen Binnenmarktes bis Ende Dezember 1992 festlegte.

Ab 1. Januar 1993 sollte der „freie Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen“ ohne Binnenbegrenzungen realisiert werden. Die Mitgliedsstaaten verpflichteten sich, alle bestehenden Handelsbegrenzungen innerhalb der Gemeinschaft abzubauen und die vollständige Marktöffnung vorzunehmen.

Maastricht bestätigte dann den „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“, der auch im EU-Verfassungsvertrag (Artikel III-177) angenommen wurde. Damit standen die in jahrzehntelangem Kampf hart erstrittenen sozialen Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Familien zur Disposition. Um mögliche Skepsis und Widerstand seitens der europäischen Gewerkschaften für den Gemeinsamen Binnenmarkt abzuwenden, wurde Dezember 1989 beim Straßburger Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte für Arbeitnehmer unterzeichnet. Trotz einiger positiver Punkte haben viele Gewerkschaftler nicht begriffen, was wirklich in dieser Charta steckt bzw. nicht mehr darin vorkommt, zum Beispiel Recht auf Arbeit. Elf Jahre später schlug sich diese Unterschlagung im diskreditierten EU-Verfassungsvertrag nieder. Dort fehlt jedoch nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern auch das Recht auf ein gerechtes Entgelt. Lediglich ein Recht zu arbeiten gibt es! Und ein Recht auf unternehmerische Freiheit. Diese Entwicklung mündet in der derzeitigen Auseinandersetzung zur EU-Dienstleistungsrichtlinie (die Bolkestein-Richtlinie), die schon im Frühjahr 2004, acht Monate nach der Unterzeichnung des Konvententwurfs für eine europäische Verfassung, vorgelegt wurde. Bei der Etablierung des Gemeinsamen Binnenmarkts sollte die Liberalisierung von Dienstleistungen besondere Bedeutung haben: Laut IG Bau erfasst diese Richtlinie jetzt etwa 70 Prozent der gesamten Wirtschaftstätigkeit in der EU, vom Handwerk bis zum Gesundheitsbereich.

Im Februar stimmen die Europa-abgeordneten in Straßburg über den Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie ab.

Aber die Entscheidungen für Europa fallen auch in Berlin. Die Bundesregierung entscheidet im Europäischen Rat maßgeblich mit.

Deshalb rief der DGB alle Verantwortungsbewussten in unserem Land auf, sich am 11. Februar in Berlin an der Protestdemonstration gegen Bolkestein zu beteiligen

Der gefährlichste Punkt der Bolkestein-Richtlinie ist das Herkunftslandprinzip. Danach gelten nicht mehr die tariflichen, gesetzlichen und sozialen Standards des Landes, in dem die Arbeit erbracht wird, sondern diejenigen des Landes, in dem der „Arbeitgeber“ seinen Firmensitz hat. Dazu bedarf es nur eines Briefkastens in der Slowakei oder in Ungarn und schon gelten für den Unternehmer und seine, egal an welchem Ort beschäftigten Arbeiter die 1,50-Euro-Stundenlöhne dieser „Herkunfts“-Länder. Soziale Eiszeit, die mit Mrs. Thatcher begann.

Falls diese Richtlinie in Kraft tritt, besteht auch in der BRD die Gefahr, dass Entlohnungen Richtung Hartz-IV-Niveau zur Norm in zahlreichen Branchen werden, auch dort, wo jetzt Arbeitsbedingungen noch tarifvertraglich geregelt sind. Insofern ist die Einführung von Ein-Euro-Jobs durch Hartz IV auch unter europäischem Aspekt zu sehen: die Lockerung und Öffnung des Arbeitsmarktes für die Einführung des Herkunftslandprinzips. Hartz IV ist also die Spitze des Bolkestein-Eisbergs

Die Franzosen und Niederländer sahen die klare Verbindung zwischen Bolkestein und dem EU-Verfassungsvertrag. Die Botschaft ist klar: Der Kampf gegen Bolkestein muss auch der Kampf gegen Versuche zur Wiederbelebung des diskreditierten Verfassungsvertrages sein.

• KEITH BARLOW

Der See schimmert in giftig-grellen Violett- und Grüntönen. Einige Gestalten staken in ihm herum, am Ufer stehen tote Bäume sowie ein Junge im Trainingsanzug. Die Arbeit von Henning Kles heißt „Ludergrube“ und ist typisch für ein knappes Dutzend junger Künstler, die seit kurzem Leinwände mit Figuren, Gegenständen und Landschaften füllen. Auf internationalen Kunstmessen und in Ausstellungen werden sie als „Young German Art“ gefeiert. Vor allem US-amerikanische Sammler reißen sich um ihre Bilder. Angesichts diesen Erfolgs schreiben Museumsleiter schon einmal die

Von **JULIA SASTRA**

Kunstgeschichte weiter. So meinte Uwe Schneede, Leiter der Hamburger Kunsthalle kürzlich: „Es ist ein couragierter Neuanfang in der abendländisch belasteten Malerei.“

Zu den ausschließlich männlichen Vertretern dieses „couragierten Neuanfangs“ gehören z. B. Neo Rauch, Martin Eder, Tim Eitel, Eberhard Havekost, Thomas Scheibnitz und Till Gerhard. Zwischen 30 und 40 Jahre alt, studierten sie an unterschiedlichen Kunstakademien, viele in Leipzig. Da man hierzulande Begriffe braucht, um Neues vermarkten zu können, führen Galeristen, Museen und Medien die meisten seit kurzem unter dem Label „Neue Leipziger Schule“.

Die „alte“ Leipziger Schule bestand bekanntlich aus so unterschiedlichen Künstlern wie Wolfgang Mattheuer, Arno Rink, Volker Stelzmann, Willi Sitte, Werner Tübke und anderen. Sie stellten den Menschen ins Zentrum ihrer Malerei, um ihn als entscheidende Kraft für gesellschaftliche Veränderung kenntlich zu machen. So mischten sie sich mit ihrer Arbeit ein in die Probleme ihrer Zeit.

Im Westen galt die engagiert-figürliche Malerei als platt-politisch und gefährdete damit die „Freiheit“ der Kunst. So herrscht seit über 50 Jahren abstrakte Malerei vor, die beliebig interpretierbar ist, da sie formale Spielereien zum eigentlichen Inhalt erhebt. Dass sie seit über einem halben Jahrhundert die hiesige Kunstwahrnehmung bestimmt und politisch-engagierte Malerei fast völlig aus dem öffentlichen Bewusstsein verbannt hat, ist Ergebnis der engen Zusammenarbeit entsprechender bürgerlicher Institutionen: Museen, Galerien, Kunstwissenschaft und Medien.

Was bedeutet es, wenn eben diese Museen und Medien plötzlich figürliche-gegenständliche Malerei feiern? Was sind das für Maler? Entsinnen sie sich der Verantwortung des Künstlers in der Gesellschaft? Beschäftigen sie sich in ihren Bildern kritisch mit der Wirklichkeit? Zeigen sie den Menschen in den ihn umgebenden und ihn verheerenden herrschenden Verhältnissen? Schildern sie Gegenwehr, wie dies fortschrittliche Malerei seit Jahrhunderten tut?

Von allem etwas

Star der „Neuen Leipziger Schule“ und mit 45 Jahren ihr Senior ist Neo Rauch. Rauch studierte bei Arno Rink, dessen Professur er gerade übernahm. Ende der 90er Jahre begann er, auf großem Format unterschiedliche Bildelemente zusammenzufügen, was ihm mittlerweile viele nachmachen. Auf 2,5 x 2 Metern zeigt Rauch zum Beispiel: Kaninchenställe, eine Frau, die auf eine Gummipuppe einredet, dazwischen überdimensional große Früchte und einige technische Geräte. Wie bei Henning Kles' giftig-farbigem Teichblick wirkt diese Szenerie zwar absurd, lässt aber kalt,

weil sie nicht wirklich verstört oder irritiert. Die Ansammlung der Gegenstände erscheint rein zufällig, das Geschehen beliebig, Rauch hätte genauso gut etwas anderes zeigen können.

Dies ist typisch für die „neuen Leipziger Maler“. Sie füllen ihre Leinwände mit beliebig interpretierbaren Szenarien: Es gibt düster-bedeutungsschwangere Landschaften mit ein, zwei Menschen und Geistern, außerdem bunte Figuren aus Computerspielen, Anleihen aus der Popkultur der 70er Jahre oder Fantasy-Landschaften.

Keiner dieser Künstler interessiert sich in seiner Arbeit für die ihn umgebenden sozialen und ökonomischen Probleme. Keiner ringt um eine eigene Haltung zur Welt. Keiner provoziert mit seinen Bildern, kritisiert, irritiert oder stürzt die BetrachterIn anderweitig in Unruhe. Dafür verwenden alle auffällig große Formate, als würden mehrere Meter Leinwand die inhaltliche Leere überspielen und dem Gezeigten Bedeutung verleihen können.

Abkupfern

Da die Maler Wirklichkeit nicht interessiert, können sie sich auch kein Bild von ihr machen. So bedienen sich die meisten unterschiedlicher Vorlagen: Eberhard

Havekost, Jahrgang 1967, hockt am liebsten mit einer Kamera vor der Glotze, macht Schnappschüsse und überträgt diese auf Leinwand. Die Arbeit mit fotografischen Vorlagen, so Havekost, habe ihn vom Kompositionsdruck entlastet, statt zu erfinden, müsse er nur noch auswählen. So viel Engagement bei der Auseinandersetzung mit Wirklichkeit will belohnt werden: Havekost hat gerade eine Einzelausstellung im trendsetzenden Kunstmuseum Wolfsburg.

Till Gerhard, Jahrgang 1971, erspart sich die Mühe des Fotomachens, er schneidet sie lieber aus Zeitschriften aus, malt sie ab, um dann – wie viele seiner Kollegen – Elemente des Grusel- und Horrorfilms einzufügen. So lässt er Ruderer über einen düster-nebligen See fahren, in dessen Bug ein Gespenst hockt. Mit dieser Art Bilder war er in wichtigen US-amerikanischen Museen zu sehen und darf auch hierzulande in der ersten Liga mitspielen. Christoph Heinrich, Leiter der Galerie der Gegenwart in Hamburg, präsenzierte Gerhard neben Neo Rauch und Henning Kles gerade in einer großen Ausstellung. An der nahm auch der äußerst erfolgreiche Brito Peter Doig teil. Doig zeigt in zart hingehauchten Farben Skispringer und Gauguinsche Südseelandschaften, was Kunsthistoriker von einer „fragilen, zwanglosen und lyrischen Malerei“ schwärmen lässt.

Zwanglos ist sie allemal. So wie Rauch und Gerhard und Havekost und all die anderen ausgesprochen zwanglos sind: frei von dem Drängen nach Erkenntnis, das engagierter Kunst eigen ist. Weit entfernt von der inneren Notwendigkeit, sich kritisch mit der Welt zu beschäftigen und dem in der eigenen Arbeit adäquaten Ausdruck zu verleihen. Stattdessen greifen sie auf den abgenutzten Bilder-Kanon aus Fernseh- und Computerwelten zurück, spielen mit der Kopie von der Kopie des Bildes, woraus Kunstkritiker prompt irgendeine „Post-Philosophie“ kreieren und ideologisch aufladen, was nach dem Motto auf die Leinwand gehauen wurde: „Macht was draus!“



Neo Rauch.
Das Fell, 2000,
Museum der
bildenden
Künste Leipzig

Malen wie am Fließband

Die erfolgreiche Kunstproduktion der „Neuen Leipziger Schule“

Zwanglos, versteht sich. So zwanglos wie Neo Rauch, der weiß, dass „wir sehr viel mehr durch das Unbewusste geleitet werden als durch den Verstand“, und der erkannt hat: „Das Unbewusste ist malerisches Grundmaterial“.

Rauch, der sich gern als surrealistisch bezeichnen lässt, blendet dabei konsequent den politischen Gehalt der Surrealisten aus: Etwa, dass diese nach dem Grauen des ersten Weltkrieges der herrschenden Klasse ihre Schweinereien nur so um die Ohren schlugen. Der Leipziger braucht die Nähe zum Surrealismus lediglich, um seine beliebigen Bilderschinken mit vermeintlichem Inhalt zu füllen. Doch Geraune hin, Surrealismus her, eine Haltung zur Welt fehlt in seinen Bildern weiterhin.

Aufklärerische Kunst?

Die menschliche Figur als Trägerin von Kampf und Hoffnung? Malerei als Möglichkeit des Erkenntnisgewinns? Das Gegenteil ist der Fall: Die Aneinanderreihung beliebiger Versatzstücke, Figuren ohne Wirklichkeitszusammenhang und düstere Landschaften sind Ausdruck des herrschenden Irrationalismus. Konsequenter wird die menschliche Figur aus ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang gerissen und so jeglichen Inhalts beraubt, wird sie zur leeren Hülle.

Die heimelig-unheimlichen Bilderwelten sind typischer Ausdruck deutscher Innerlichkeit, in die Intellektuelle und Bürgerliche seit dem 18. Jahrhundert immer wieder flohen, um sich nicht der Wirklichkeit stellen und für eine bessere Gesellschaft engagieren zu müssen. Angesichts unübersehbarer sozialer und ökonomischer Widersprüche sowie der eigenen unsicheren Existenz als bürgerlicher Künstler wird der Rückzug in schwülstige Esoterik gewählt, in Sentimentalität und geisterhaftes Weltengeraune, was es Malern wie BetrachterInnen ermöglicht, das Dasein als undurchschaubar und unveränderbar zu erklären.

Eben das kommt an. Medien und Mu-

seumsvertreter füllen die mythisch-esoterischen Bilder nur zu gern mit Bedeutung. Für Museumsleiter Christoph Heinrich etwa sind die grell-farbigsten Bilder von Henning Kles „giftige Anekdoten, deren Dämpfe uns wohligen Grusel über den Rücken jagen“. Alternativ zum wohligen Grusel, den einst schon Jean Paul als typisch für den deutschen Spießler entlarvte, werden in der „Neuen Leipziger Schule“ auch Softpornos produziert. Tim Eder, Jahrgang 1968, tuscht Pin-up-girls aufs Papier, die sich lasziv an ihre Brustwarzen fassen, wahlweise nackte Schwangere mit sonnambulen Blick. Auch dies wird von Kunstkritikern bereitwillig ideologisch aufgeladen. Eder, so raunte es im Freitag, „antwortet auf das gelackte Luder-Posing in Film und Fernsehen mit einer über die Handschrift des Künstler-Ich gebrochenen Melancholie“. Vermutlich nur wegen der Melancholie reißen sich die Sammler um diese Schwülstigkeiten. Ende letzten Jahres zeigte Galerist Gerd Harry Lybke, der viele Künstler der „Neuen Leipziger Schule“ vertritt, einige Softporno-Arbeiten des bis dahin unbekannteren Eder auf der internationalen Kunstmesse in Miami Beach. Stückpreis 36 000 Euro. Kurz nach Eröffnung der Messe waren die Bilder verkauft.

Auch sonst gehen die Bilder der jungen Gegenständlichen weg wie warme Semmeln. Die meisten Ateliers sind leergekauft. Es gibt Wartelisten. Die Maler produzieren auf Bestellung. Sammlern wie Museen ist also völlig egal, was sie erhalten, Hauptsache der Name auf der Leinwand stimmt.

Wieso der Boom?

Ende der 90er Jahre witterte der rührige Galerist Lybke Möglichkeiten für einen neuen Kunsttrend - und traf ins Schwarze: 1997 zeigte er erstmals einige der neuen „Leipziger“ auf der Documenta. Große internationale Kunstmessen folgten, und

Fortsetzung auf Seite 5

Das bundesweite Interesse an den Verkaufsverhandlungen des Kommunalen Dresdner Wohnungsunternehmens Woba mit seinen 40 000 Wohnungen ist groß. Vor allem deshalb, weil der Verkauf vom Stimmverhalten der Stadtratsfraktion der Linkspartei abhängig ist. Und die ist in diesem Punkt stark zerstritten. Befürworter argumentieren, dass die Einnahmen aus dem Verkauf lebensnotwendig für die Kommune seien, um den völlig überschuldeten Haushalt zu entlasten. Einige linke Verkaufsbefürworter glauben an ein Kompromisschen: Vom etwaigen Erlös von 650 Millionen Euro sollen 60 Millionen in einen Investitionstopf fließen. Allerdings wird dabei großzügig übersehen, dass die Einnahmen aus dem Verkauf für bezahlbare Lösungen der sozialen Wohnungsprobleme (Hartz IV) vollständig zweckgebunden genutzt werden müssten. Und selbst dann müsste die Kommune nach 8 bis 10 Jahren dennoch kräftig drauflegen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnen der PDS hatte bereits Anfang vergangenen Jahres die Zustimmungen von PDS-Mandatsträgern zum Verkauf kommunaler Wohnungsgesellschaften kritisiert.

In die Gruppe der Kritiker des Verkaufs hat sich jüngst auch der sächsische Innenminister Buttolo eingereiht. Er lehnt den vollständigen Verkauf der Dresdner Woba ab, weil er dadurch den Stadtbau in Dresden und auch anderer sächsischer Kommunen gefährdet sieht. Soziale Aspekte dürften für ihn weniger von Bedeutung sein. Sehen wir uns vor diesem Hintergrund die Passagen zum Wohnen im Entwurf der kommunalpolitischen Leitlinien „Eine starke Bürgergesellschaft in starken Kommunen“ genauer an, die auf dem Parteitag der Linkspartei.PDS am 11./12. Dezember 2005 in Dresden beraten und beschlossen werden sollten. Da war beispielsweise von einem „Mindestbestand“ die Rede, ein von neoliberalen Reformern besetzter Begriff. Denn sie gestehen den Kommunen lediglich einen Mindestbestand an Kommunalwohnungen zu, der ausschließlich zur Versorgung der Ärmsten vorgehalten werden soll. Gettoisierung und die Segregation in den Stadtteilen lassen grüßen. Wichtig ist dagegen generell ein ausreichender Kommunalwohnungsbestand, da sonst die größeren Kommunen allein die Lasten für die Unterbringung der sozial Schwachen leisten.

Der Gesamtverband der deutschen Wohnungswirtschaft definiert diesen notwendigen Bestand mit 20 Prozent. Die Leipziger PDS orientierte bereits Anfang der 90er Jahre, als ein Wohnungsmarkt erst im Entstehen und Privatisierungen im großen Umfang erst begannen, auf einen Bestand „sozial“-gebundener Wohnungen von mindestens 30 Prozent. Selbst

Linke und kommunale Wohnungen

Zukunft verkauft man nicht

wenn langfristig die LWB nur noch über 20 Prozent der Wohnungen verfügen sollte (sie trägt ja bereits jetzt 80 Prozent des sogenannten Rückbaus), so sind auch die Wohnungsgenossenschaften zu berücksichtigen, deren Ziel es ebenfalls ist, langfristig für breite Schichten der Bevölkerung bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen.

Im Parteiprogramm der PDS von 2003 steht: „Wohnung und Wohnen gehören zu den wichtigsten Bedingungen sozialer Sicherheit und der Menschenwürde. Wohnen soll daher für alle bezahlbar und die Wohnung sicher sein. Die PDS setzt sich für selbstbestimmtes Wohnen ein.“

Dies berücksichtigend stellte ich nach Rücksprache mit Mitgliedern der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnen als deren Sprecher auf dem oben genannten Parteitag einen Änderungsantrag zur Neufassung des Abschnitts Wohnen der Kommunalpolitischen Leitlinien der Bundes-PDS:

„Ein ausreichender Anteil von kommunalem und genossenschaftlichem Wohn-

eigentum schafft dabei erforderliche Gestaltungsspielräume. Außerdem kann für die Kommune bezahlbar, Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindert, die Miet- und Betriebskostenentwicklung gedämpft oder die Erneuerung auch bei Stadtbau und Quartiersmanagement großräumig organisiert werden und Beiträge für den Städtischen Haushalt geleistet werden. Eine vollständige Privatisierung der kommunalen Wohnungsunternehmen wird daher abgelehnt.“

Nachdem die Antragskommission des Parteitages in ihrer „großen“ Weitsicht den Änderungsantrag vollständig abgelehnt hatte, setzte ein kräftezehrendes Hickhack nebst einer Unterschriftensammlung ein. Am Ende übernahm die Programmkommission schließlich den gesamten Antrag in die kommunalpolitischen Leitlinien der Linkspartei. Möge er in den Auseinandersetzungen innerhalb der Dresdner Stadtratsfraktion der Linken die entsprechende Wirkung entfalten.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Kurzichtig und unglaublich

Es ist schon befremdlich, dass ein Teil der Linkspartei.PDS in Dresden den Verkauf des kommunalen Wohnungsunternehmens unterstützt. Das verletzt den programmatischen Konsens einer sozialistischen Partei, missachtet die Erfordernisse bürgernahe Wohnungspolitik und ist zudem haushaltspolitisch kurzichtig.

Kommunale Wohnungsunternehmen unterliegen wie die Wohnungsgenossenschaften nicht dem Primat der Gewinnmaximierung. Bei dem Spagat zwischen der konkreten Utopie und den Tagesaufgaben gilt es zumindest, dem neoliberalen Drängen nach Überführung öffentlichen Eigentums in kapitalistische Unternehmen zu widerstehen.

Haushaltspolitisch ist dieser Verkauf kurzichtig, weil sich dadurch vielleicht einmalige Ausnahmesituationen kurzfristig beherrschen, aber keine dauerhaften strukturellen Defizite beseitigen lassen. Dazu ist endlich mit aller Kraft eine bundesweite Reform der Gemeindefinanzen und eine bessere Finanzausstattung der Gemeinden durchzusetzen, ohne dass damit die Verpflichtung der Kommune zur wirtschaftlichen Haushaltsführung in Abrede gestellt wird. Letzteres schließt die Möglichkeit ein, gegebenenfalls auch Teile der Wohnungsbestände, die für die öffentliche Daseinsvorsorge nicht unbedingt erforderlich sind, zu veräußern – wie es in etlichen ostdeutschen Städten erfolgt, um die aus den hohen Wohnungsleerständen resultierenden Verluste auszugleichen.

Generell aber gilt: Wer als Mitglied der Linkspartei die Privatisierung kommunalen Eigentums, das für die öffentliche Daseinsvorsorge substanziell wesentlich ist, befördert, setzt politisch bundesweit ein falsches Signal. Und schließlich leidet die politische Glaubwürdigkeit derjenigen bzw. desjenigen, der in vergangenen Jahren mit Vehemenz und vollem Recht im Zusammenhang mit der Altschuldenregelung gegen die Zwangsprivatisierung von Teilbeständen der Wohnungsunternehmen gekämpft hat und heute freiwillig für ihren kompletten Ausverkauf eintritt.

• JOACHIM TESCH

Fortsetzung von Seite 4

die Sammler, der abstrakten Kunst ebenso müde wie des mittlerweile 20 Jahre währenden Fotografiebooms, rissen sich um die dekorativ-unverbindlichen Bilder. Binnen kurzem galt die „Leipzig School“ der High-Society als vielversprechende Wertanlage. Als sie dann in führenden US-amerikanischen Museen Ausstellungen erhielten, war der Trend gemacht. Jetzt zogen die großen hiesigen Museen – etwa in Wien, Frankfurt, Hamburg, Berlin und Leipzig – nach.

Die Zusammenarbeit von Galerien und Museen funktioniert dabei prächtig: Galeristen, die mit Bildern Geld verdienen wollen, leihen Museen, die Geschmacks-

bildung und Aufklärung leisten sollten, die neuesten Werke. Für Lybke und Co. ist das nicht nur wegen der großen Öffentlichkeit prima, sondern auch weil, was einmal im Museum hing, als Kunst gilt und damit im Wert steigt. Die Museen wiederum brauchen für die Leihgaben nichts zu zahlen und kaufen das Trendige, weil sie sich „Richtiges“ nicht mehr leisten können. Jedes große bundesdeutsche Museum hat mittlerweile mehrere „Leipziger“. Damit sich diese Anschaffungen nicht als Flop erweisen, muss die junge Kunst im Gespräch bleiben – also zeigt man sie in weiteren Ausstellungen. Man muss der kunstinteressierten Öffentlichkeit nur einhämmern, was gerade „Kunst“ ist – irgendwann wird sie es schon fressen.

Mittlerweile wollen nicht nur immer mehr Sammler „Leipzig School“. Auch immer mehr künstlerischer Nachwuchs will wie „Leipzig School“ malen. Kunststudium statt BWL: Knapp 1000 Bewerber reichten zum Sommersemester diesen Jahres ihre Unterlagen in Leipzig ein. 80 wurden genommen.

Währenddessen klotzen die momentan angesagten Maler ran und produzieren, was von ihnen erwartet wird, schließlich könnte der Markt schon bald übersättigt sein. Wer erinnert sich heute z. B. noch an die „Jungen Wilden“ der 80er Jahre? Also drückt man auf die Farbtuben. Kunst? Nein, Geschäft, von dem in zehn Jahren kein Mensch mehr reden wird. Doch noch funktioniert es: Die gerade zu Ende gegangene High-Society Kunstmesse in Miami war wieder ein voller Erfolg. Neo Rauch kassiert für seine Bilder mittlerweile zwischen 120 000 und 180 000 Euro. Anfänger zwischen 4000 und 60 000 Euro. Neo Rauch, der im Schnitt pro Bild so viel verdient wie eine Verkäuferin in zehn Jahren, ist ausgebuht bis 2008 – und lehnt sich zurück: „Ich kann den Druck ganz gut ausblenden. Das erlaubt mir den hohen Luxus, auf den Strömungen meines Unterbewusstseins unterwegs zu sein.“

Kinderbibliothek im Leipziger Süden „ans Netz“

LN. Seit am 14. November vorigen Jahres wegen Baumängeln Deckenteile der Kinderbibliothek Steinstrasse 42 einstürzten, ist die Zweigstelle Südvorstadt der Leipziger Stadtbibliothek nicht mehr benutzbar. Nach anfänglichen Bemühungen der Stadtverwaltung, namentlich des Bauordnungsamtes, das Malheur auf schnellstem Wege zu beheben, sind bislang leider keinerlei Aktivitäten zu registrieren, die Schäden zu beseitigen und die Nutzbarkeit der Kinderbibliothek wieder herzustellen. Weder Führungen noch Veranstaltungen können derzeit in den betroffenen Räumen durchgeführt werden; darüber hinaus sind die Feiernspiele im Februar und Veranstaltungen zur Buchmesse im März hochgradig gefährdet. Viele Nutzer der Bibliothek sind mittlerweile zu Recht sehr irritiert.

Volker Külow, kulturpolitischer Sprecher der Stadtratsfraktion der Linkspartei erklärt dazu: „Da Kinderfreundlichkeit nicht nur deklariert, sondern auch realisiert werden muss, fordere ich hiermit die zuständigen Stellen in der Stadtverwaltung auf, unverzüglich die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.“

Dietmar Pellmann, OBM-Kandidat der Linken und der WASG:

Morlok – ein Fall für den Staatsanwalt

In der Wahlkampfzeitung des CDU-Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl Uwe Albrecht verspricht der FDP-Kreisvorsitzende Sven Morlok auf der Titelseite demonstrativ: „Nach dem 5. Februar werden wir im Rathaus Ordnung machen!“ Gewiss muss die seit Monaten anhaltende politische Lähmung der ausgedünnten Rathausspitze endlich aufhören. Gleiches gilt für Vetterwirtschaft und Filz, die fast jeden Tag neue Skandale hervorbringen. Allerdings ist Morlok der letzte, der sich als Ordnungshüter eignet. Wer reihenweise die Ablösung von Geschäftsführern kommunaler Unternehmen fordert, sollte selbst keine Leichen im Keller haben. Sven Morlok aber hat durch seine merkwürdigen Geschäftsverbindungen und die Millionenaufträge von Stadtwerken mehrfach gegen die Regelungen der Sächsischen Gemeindeordnung zur Befangenheit verstoßen und ist zu einer schweren Belastung des CDU-Kandidaten Albrecht geworden. Vom Imageschaden für die Stadt gar nicht zu reden, für die Uwe Albrecht Mitverantwortung trägt, wenn er sich nicht öffentlich von Morlok distanziert.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der Redaktion „Unsere Zeit“.



Mittel blockiert

Erneut musste sich der Landtags-Wirtschaftsausschuss mit der säumigen Verwendung von EU-Fördermitteln befassen. Dazu Karl-Friedrich Zais (Linke):

Im letzten Jahr der Förderperiode 2000–2006 muss noch ein Drittel der von der EU zur Verfügung gestellten Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF), 300 Millionen Euro, bewilligt werden – soll das Geld nicht bis 2008 verloren gehen. Mit Unverständnis nehmen wir zur Kenntnis, dass sich zwei Koalitionsminister öffentlich in den Haaren liegen und die Auszahlung von Mitteln für aktive Arbeitsmarktpolitik blockieren – ein solches Niveau würde man nicht einmal Referatsleitern durchgehen lassen. Die 300 Millionen müssen endlich einem ordentlichen arbeitsmarktpolitischen Programm zugute kommen und dürfen nicht allein in oftmals nur der Ruhigstellung der Betroffenen dienenden ziel- und zwecklosen Fortbildungsmaßnahmen versickern. Wir verlangen, dass die ESF-Richtlinie in ihrer ganzen Breite zur Anwendung kommt.

Inzwischen traf die Landesregierung eine Entscheidung, mit der es laut Sachsens DGB-Vorsitzendem Hanjo Lucassen endlich wieder Planungssicherheit für die Träger von sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gibt.

Milbradt Vorreiter für Senkung des Rentenniveaus

LN. Sachsens Ministerpräsident Milbradt hat sich unter die Vorreiter für eine frühere Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre eingereiht. Nach Feststellung des Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann (Linke.PDS) kommt das nicht überraschend. Immer dann, wenn es um Absenkung sozialer Standards geht, erweise sich Georg Milbradt als Vorreiter, so bei Hartz IV und beim Angebot Sachsen als Modellregion bei der Einführung von Kombilöhnen zu wählen. Daher verwundert es schon nicht mehr, wenn nunmehr die Keule des weiteren Sozialabbaus gegen künftige Rentnerinnen und Rentner geschwungen wird.

„Wenn es schon um ein geschlossenes Rentenkonzept geht, das auch wir fordern“, so Pellmann, „dann sollte der sächsische Ministerpräsident Vorschläge unterbreiten, wie er der drohenden Altersarmut be-

gegen will. Außerdem könnte er sich ja der Forderung der Linkspartei nach Stabilisierung der Einnahmesituation der Rentenkassen durch die schrittweise Einführung einer sozialen Bürgerversicherung anschließen.“ Die sächsischen Rentnerinnen und Rentner wollten auch wissen, was gegen die seit Jahren anhaltende Absenkung des Rentenniveaus durch Nullrunden getan wird. Und sie warten vergeblich auf ein Signal der Staatsregierung zur Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den im Westen. Hier droht eine Zementierung der Benachteiligung der Ostrentner auf Jahrzehnte. Von Milbradt sei aber kein Engagement für die Ost-Rentner zu erwarten. Deshalb werde sich die Linkspartei.PDS in Übereinstimmung mit Gewerkschaften und Sozialverbänden für Rentengerechtigkeit einsetzen.

Luftverkehr

LN. Zum Luftverkehrskonzept für Mitteldeutschland, das die Verkehrsminister von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unterzeichnet haben und das der Koalition in Sachsen als „wichtiger Meilenstein zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Sachsen“ gilt, äußerte MdL Dr. Monika Runge (Linke), es sei unverantwortlich, weitere Steuergelder für Kleinflughäfen zu verschwenden: „Die sinnlos in Standorte für Billigflieger fließenden Mittel sollten lieber in Forschung und Technologie investiert werden.“

Schulgesetz abgelehnt

LN. Der Schulgesetzentwurf der Linksfraktion.PDS wurde von einer Landtagsmehrheit abgelehnt. Er orientierte auf ein langes gemeinsames Lernen aller Schüler in einem einheitlichen und zugleich in sich differenzierten Schultyp, um optimale Bildungschancen für alle zu gewährleisten. Erst nach Klasse 8 sollte der Übergang zum Gymnasium erfolgen, um der starken sozialen Selektion entgegenzuwirken. Weitere Vorhaben waren die Einführung der Berufsausbildung mit Abitur und Ganztagschulen.

Keine NATO-Flieger auf den Leipziger Flughafen!

LN. Zu der nunmehr offenbar besiegelten Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle für NATO-Langstreckentransporte in Krisengebiete erklärte die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion.PDS im Landtag, Dr. Monika Runge, die Stationierung verstoße gegen den Geist des Zwei-plus-vier-Vertrages, daran ändere auch die Tarnung des Projekts durch eine zivile Firma nichts. „Wir lehnen die Einbeziehung Leipzigs in die Logistik künftiger Kriege ab.“ Sie verwies auf den Protest „gegen diese Mauserung Leipzigs vom anvisierten europäischen Logistikkreuz zum potenziellen Militärstandort“ bereits vor einem Jahr.

Der Freistaat Sachsen habe als Mehrheitsgesellschafter des Flughafens dem Geist des Zwei-plus-vier-Vertrages zuwidergehandelt, der gerade darauf abzielte, das Territorium der ehemaligen DDR aus der NATO-Militärmaschinerie herauszuhalten. „Wir werden auf eine Korrektur dieser Fehlentscheidung drängen“, erklärte sie.

Linke Bildungspolitik

LN. Vertreter der Linksfaktionen der Landtage von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben sich über ein einheitliches Vorgehen bei der Realisierung ihrer schulpolitischen Ziele geeinigt. Insbesondere wollen sie Schritte zu einem längeren gemeinsamen Lernen aller Kinder miteinander abstimmen, Initiativen zur Einführung einer polytechnischen Bildung ergreifen, sich für eine bessere individuelle Förderung der Schüler und die Erhaltung leistungsfähiger, regional ausgewogener Schulnetze einsetzen.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Januar

Absturz in Sachsen

Die Leipziger Region weist Ende Januar über 5000 Arbeitslose mehr auf als im Dezember 2005 und über 700 mehr als vor Jahresfrist. Die Anzahl der Erwerbslosen stieg damit auf nunmehr 78 884, das ist der bisher höchste Januarwert. Leipzig verliert damit kurioserweise dennoch die rote Laterne in Sachsen und rückt vom zehnten auf den siebten Platz vor – weil sich die Situation im Freistaat noch ungünstiger entwickelte. Hier wurden 45 400 Arbeitslose mehr registriert als vor einem Monat, was einer Erhöhung der Quote um 2,3 Prozentpunkte entspricht (Leipzig: 1,4) Landtagsabgeordnete der Linken werteten den überdurchschnittlichen Anstieg als Resultat der gescheiterten Hartz-Arbeitsmarktreformen und drängten auf die Vorlage eines arbeitsmarktpolitischen Programms durch Wirtschaftsminister Jurk bis März.

Im Leipziger Agenturbereich stieg auch die Anzahl der Langzeitarbeitslosen wieder spürbar an – von 32 445 auf 34 118. Rund 2400 Arbeitslosmeldungen kamen aus dem Baugewerbe, aber mehr als doppelt soviel aus dem Handels- und Dienstleistungsbereich. Während beabsichtigt ist, die Anzahl der ABM-Stellen gegenüber den sogenannten Arbeitsmöglichkeiten („1-Euro-Jobs“) in diesem Jahr zu erhöhen, verringerte sich zunächst ihre Anzahl im Januar von 2423 auf 2250. Die Weiterbildungsstellen verringerten sich von 1657 auf 1412. • G. L.

24. Januar

Dresden. Nahezu 60 Städte und Gemeinden sind auf Grund zahlreicher Proteste als Härtefälle von dem Kabinettsbeschluss ausgenommen worden, nach dem sie mehr Finanzmittel für Investitionen auszugeben hätte. Darunter befinden sich Hoyerswerda, Meißen, Niesky, Weißwasser und Eilenburg.

Dresden. Der Landtag beschließt eine Novelle des Meldegesetzes, wonach der Datenaustausch zwischen den Meldebehörden künftig ausschließlich auf elektronischem Wege erfolgen soll.

Leipzig. Zwei in Rackwitz und Böhlitz-Ehrenberg wohnende Ingenieure der Bennewitzer Firma Cryotec werden im nordirakischen Bedschi gekidnappt, wo sie sich zu Übergabe einer Anlage aufhielten.

25. Januar

Dresden. Die Parlamentarische Kontrollkommission des Landtages, deren Mitglieder der Linksfraktion, Caren Lay und André Hahn, dem Verfassungsschutz aktive Mithilfe beim Austritt von NPD-Abgeordneten vorgeworfen haben, erklärt einstimmig, eine solche Einflussnahme habe nicht stattgefunden. Zu-

SACHSEN-CHRONIK

24. Januar bis 6. Februar

gleich wird von der Linksfraktion eine bessere Information der Abgeordneten angemahnt.

27. Januar

Dresden. Die Rektoren der Technischen Universitäten Dresden, Chemnitz und Bergakademie Freiberg sehen die Ingenieurwissenschaften in Sachsen in Gefahr und verlangen bessere Rahmenbedingungen für die sächsischen Hochschulen und eine größere Autonomie in Personal- und Finanzfragen.

29. Januar

Kamenz. Das Statistische Landesamt teilt mit, dass die Anzahl privater Insolvenzen in Sachsen bis Ende September 2005 gegenüber dem Vorjahr um 73 Prozent auf über 2700 Fälle gestiegen ist.

30. Januar

Dresden. Der Leiter der sächsischen Antikorruptionseinheit INES, Claus Bogner wird „auf eigenen Wunsch“ abgelöst und

als Referatsleiter ins Innenministerium versetzt. Bogner hatte sich wegen konsequenten Vorgehens auch gegen korrupte Politiker den Unwillen führender Landespolitiker zugezogen. Neuer INES-Chef wird ab 1. März Oberstaatsanwalt Rainer Aradei-Odenkirchen sein.

31. Januar

Dresden. Die Staatsanwaltschaft verfügt die Eröffnung eines förmlichen Verfahrens gegen den NPD-Landtagsabgeordneten Klaus-Jürgen Menzel wegen uneidlicher Falschaussage und versuchter Strafvereitelung im Prozess gegen einen rechtsradikalen Schläger.

Dresden. Der Verfassungsschutzbericht für 2005 stellt fest, dass die Anzahl der Straftaten von Rechtsextremisten gegenüber dem Vorjahr um 905 Fälle auf 2239 gestiegen ist. Auch bei den Mitgliedschaften in Organisationen der extremen Rechten ist ein Anstieg zu verzeichnen.

1. Februar

Dresden. Die Antikorruptionseinheit INES ermittelt gegen leitende Mitarbeiter der ehemaligen Landesversicherungsanstalt Sachsen wegen des Verdachts auf Korruption und Bestechlichkeit bei der Vermittlung von Patienten an eine Kurklinik in Badgastein.

4. Februar

Zwickau. Die Delegiertenkonferenz des DGB-Bezirks Sachsen wählt mit großer Mehrheit Hanjo Lucassen erneut zum Landesvorsitzenden und Iris Klopfer zur Stellvertreterin.

Dresden. Finanzminister Metz lehnt die Übernahme des von der Gewerkschaft Ver.di mit Bund und Kommunen vereinbarten Tarifvertrages ab und beharrt auf eigenen Tarifverträgen für die Bundesländer. Darin müsse die Anhebung der Wochenarbeitszeit im Westen auf 40 Stunden und die Zuständigkeit der Länder für Urlaubs- und Weihnachtsgeldregelung enthalten sein.

Bergen (Vogtland). Ein Sonderparteitag der sächsischen NPD befasst sich mit der Situation nach dem Austritt von drei Abtrünnigen aus der Partei und der Landtagsfraktion.

Attac ist die französische Abkürzung für „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürger“ und wurde 1998 in Frankreich gegründet. Das ursprüngliche Ziel von Attac war das Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und die Einführung der Tobin-Steuer für Gewinne aus grenzüberschreitenden Geldgeschäften. Inzwischen hat sich das weltweite Netzwerk (90 000 Mitglieder in 50 Ländern) der gesamten Problematik neoliberaler Globalisierung angenommen.

Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdiskussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und Alternativen zum neoliberalen Dogma aufgezeigt. Mit Aktionen soll der notwendige Druck auf Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der Alternativen erzeugt werden. Attac setzt dabei darauf, möglichst viele Menschen zu gewinnen und mit ihnen gemeinsam zu handeln.

Diesem Anliegen entsprach ein von Attac Leipzig am 28. Januar 2006 in der Georg-Schumann-Oberschule organisiertes Bürgerforum, das vor allem die Situation im Bildungswesen in Sachsen und Leipzig zum Gegenstand hatte. Dabei war Ansatzpunkt die in der PISA-Studie nachgewiesene Tatsache, dass in Deutschland Kinder aus sozial benachteiligten Schichten auf ihrem Weg zu einem optimalen Bildungsabschluss vielfältige Benachteiligungen erfahren. Die Veranstaltung stand deshalb unter der thematischen Fragestellung: „Ausgrenzung mit System?“ Eingeladen waren in der Bildung Tätige, Eltern und am Thema Interessierte.

Ausgrenzung durch das System

Sabine Gerold, sächsische Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und

Gegen die fortdauernde Ausgrenzung von Kindern durch ein ungerechtes Bildungssystem

Zu einer Initiative des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac in Leipzig

Wissenschaft (GEW), hatte sich bereit erklärt, zur aktuellen Situation im Bildungswesen zu sprechen. Trotz bestimmter Differenzen mit Attac, so die Gewerkschafterin, stimme die GEW mit der Grundaussage überein, dass es in Deutschland keine gleichen Bildungschancen für alle gibt.

Ihr Standpunkt in aller Kürze: Auch in Sachsen haben sich im Gegensatz zu den Formulierungen im Vertrag der sächsischen Regierungskoalition die Unterschiede im Zugang zu den Bildungseinrichtungen vergrößert und die Probleme aufgrund der ungünstigen Ausleseverfahren bei den Übergängen zwischen den einzelnen Schulformen verschärft. Man müsse deshalb von einer Ausgrenzung im und durch das System sprechen.

Zum Beispiel werde trotz neuer Regelungen die frühkindliche Bildung in den Kindergärten weiter vernachlässigt und finanziell unzureichend unterstützt. Die Ausbildung der Erzieher ist nicht auf dem erforderlichen Niveau, die Frage der Kinderbetreuungskosten ungeklärt. Das Problem der Ganztagschulen ist ungelöst, die Gymnasien werden bevorzugt. Zu viele Schüler (10 Prozent) gehen ohne Abschluss von den Schulen ab. Die Berufsausbildung ist durch das Vorhandensein von zu wenig Lehrstellen gefährdet. Deutschland ist Weltmeister in der sozialen Differenzierung, es kommt aber darauf an, den Schülern die Möglichkeit zu geben, längere Zeit gemeinsam an einer Schule zu

lernen (integratives Schulsystem).

Das Kultusministerium würde leider trotz ungenügend erfolgter Auswertung der PISA-Studie die Lage schön reden und den Eindruck erwecken, es würde nun alles richtig angefasst und gälte nur noch, alles besser zu machen.

Positives Beispiel Finnland

Die Erkenntnis über den Vorteil des gemeinsamen Lernens über viele Jahre an einer Schule wird bereits seit 1968 im finnischen Schulsystem verwirklicht, berichtete danach Peter Joseph, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der PDS-Landtagsfraktion Sachsen. Er hatte 2002 Finnland im Rahmen einer Studienreise besucht und beschäftigt sich seitdem mit dem skandinavischen Bildungsmodell. Seiner Meinung nach kommt der Spitzenplatz Finnlands in den PISA-Studien nicht von ungefähr: Das finnische Bildungswesen ist orientiert an voller Chancengleichheit und besitzt vor allem in der Grund- und Mittelstufe ein sehr gründliches Individualisierungs- und Fördersystem. Seit 1968 gibt es in den Kindergärten eine zielgerichtete Vorbereitung der Kinder auf den schulischen Lernprozess und ein zweigliedriges Schulsystem. Alle Schüler haben eine 9-jährige Lernpflicht (!) und besuchen die Gesamtschule. Erst dann erfolgt der Übergang zum Gymnasium (10.–12. Klasse) oder zur Berufsschule.

Hervorzuheben wäre weiterhin, dass ein

breiter Konsens aller politischen Kräfte zum Schulsystem besteht. Auch die Lehrer identifizieren sich mit ihm in hohem Grade. Der Lehrerberuf erfreut sich einer hohen gesellschaftlichen Anerkennung. Schulen und Kindergärten sind hervorragend personell und materiell ausgestattet. Die Standards und Vorgaben sind national einheitlich und nur auf wesentliche Eckpunkte orientiert. In die pädagogische Kompetenz der Lehrkräfte wird nur wenig eingegriffen. Sie können sich voll auf den Unterricht konzentrieren, da es kaum bürokratische Hürden gibt. Die Gesellschaft hat volles Vertrauen in die Fähigkeit des Schulsystems.

In Deutschland scheint dagegen die Auffassung, dass in der Schule etwas Sinnvolles und Notwendiges passiert, sichtbar gestört zu sein. Deshalb sei Lernen von Finnland durchaus angesagt, bloßes Abschreiben löse allerdings die Probleme in Deutschland nicht.

Nach weiteren Vorträgen im Plenum wurde in drei Arbeitsgruppen vor allem über die Probleme bei den Bildungsübergängen von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule diskutiert.

Die Ergebnisse werden durch eine Nachbereitungsgruppe aufgearbeitet und mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in einer Broschüre veröffentlicht. Weitere Veranstaltungen werden folgen, um den Druck auf Veränderungen in Sachsen aufrechtzuerhalten.

• MANFRED BOLS

Wenn der Zeitgeist es in diesem Land es so will, müssen wir uns ihm noch lange nicht beugen. Dann lieber gar keine Gedenkstätte für unsere Opfer der faschistischen Militärjustiz als diese, die uns die Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Torgau zumutet – seit Jahr und Tag, entgegen aller unserer Proteste. Es gibt zum Glück genug junge Leute, die uns versprochen haben, unseren Kampf um eine würdige Gedenkstätte weiterzuführen, auch wenn dann der letzte von uns bereits verstorben ist.“

Mit diesen Worten kündigte Ludwig Baumann, der Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, bei LN eine neue Stellungnahme seiner Vereinigung an, die er – wie viele andere zuvor – zusammen mit Prof. Dr. Hans Messerschmidt, dem Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats seiner Vereinigung, verfasste. Grund dafür ist der jüngste Vorschlag einer Informationstafel für die geplante Gedenkstätte am Fort Zinna, der für die Opfer der NS-Militärjustiz nicht annehmbar ist. Wobei die Gesamtsituation des Gedenkens und Erinnerns in Torgau ohnehin skandalös ist – sie war schließlich auch Grund, warum alle Vereinigungen der Opfer des Faschismus, so der Zentralrat der Juden, der Bund der Antifaschisten, die Opfer der NS-Militärjustiz, die Sinti und Roma und andere Or-

ganisationen im Januar 2004 aus der Stiftung sächsische Gedenkstätten ausgetreten waren – und bis heute ihre Arbeit nicht wieder aufgenommen haben. LN hat in mehreren Beiträgen ausführlich über die von der geschichtsfälschenden Stiftung ziegerichtet unternommene Gleichsetzung von Naziverbrechen mit den laut

Sächsische Gedenkstättenstiftung weiter auf skandalösem Kurs

Täter bei ihren Namen nennen!

Potsdamer Abkommen nach 1945 erfolgten Internierungen der Täter, berichtet. Die damit einhergehende Bagatellisierung, das konsequente Herunterspielen der faschistischen Untaten zum Beispiel durch ständig falsche, das heißt zu niedrige Opferzahlen findet nun unter anderem ihre Fortsetzung im beanstandeten Text der geplanten Informationstafel.

Im folgenden Auszüge aus der Stellungnahme von Baumann und Messerschmidt: In der am 9. Mai 2004 gegen unseren entschiedenen Widerstand neu eröffneten Dauerausstellung im Torgauer Schloss werden zur NS-Verfolgung noch 31 Exponate gezeigt, zur Verfolgung nach 1945 hingegen 57. Begründet wird das mit dem historisch unhaltbaren Argument, dass es nach 1945 unterschiedliche Verfolgungen gab, zur NS-Zeit aber nicht. Die neuen Räume gehen jetzt offen ineinander über

und mit dem Ausstellungstext werden die NS-Täter pauschal zu unschuldigen Opfern gemacht – explizit die Schergen der Gestapo und des SD. ...

Für den Sprecher Deutscher KZ-Gedenkstätten, Prof. Dr. Volkhard Knigge, ist dieser Ausstellungstext eine Verharmlosung der NS-Verbrechen und Verhöhnung unse-

rer Opfer. Auch der Zentralrat der Juden kritisiert den Text und die Ausstellung ganz deutlich, unter anderem, weil in ihr trotz der vielen NS-Täter in den Torgauer Speziallagern nur ein NS-Täterportrait gezeigt wird. Es zeigt die Jüdin Stella Kübler. Sie hat der Gestapo hunderte untergetauchte Juden ausgeliefert und musste ihre von den Sowjets verhängte Haftstrafe zum Teil in Torgau verbüßen. Auch für den Zentralrat der Juden ist Frau Kübler eine Täterin. Der Skandal ist, dass in der Ausstellung ausgerechnet eine jüdische NS-Täterin und keiner der vielen in Torgau inhaftierten NS-Täter gezeigt wird – nicht einer!...

In Torgau am Fort Zinna haben die nach 1945 Verfolgten ab 1992 eine Gedenkstätte. Daneben gab es sogar noch über Jahre einen von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten mitfinanzierten persönli-

chen Gedenkstein für einen „Engel von Fort Zinna“ genannten Wissenschaftler – er war als Gerichtsmediziner vor 1945 in Verbrechen verstrickt, die im KZ, Buchenwald begangen worden waren, und nach 1945 in Fort Zinna inhaftiert –, der erst aufgrund des Engagements von Mitgliedern der Kirchengemeinde Torgau, des Zentralrats der Juden und der Bundesvereinigung wieder entfernt werden konnte. Die Opfer der NS-Militärjustiz hingegen haben bis heute nicht einmal einen Platz, an dem sie für ihre Toten Blumen niederlegen können. ...

Unannehmbar sind für uns die Texte der Gedenk- und Informationstafeln. Nachdem drei Textentwürfe zurückgenommen werden mussten, weil sie zu weiten Teilen falsch und historisch unhaltbar waren, wurde Dr. Haase beauftragt, die Daten und Zahlen unserer Verfolgung in Torgau so zu benennen, wie das für die nach 1945 Verfolgten geschieht. ...

Unabhängig ist für uns auch die Erwähnung der nach 1945 im Fort Zinna inhaftierten Kriegsrichter und Schergen der Gestapo und des SD, weil sie zu denen gehören, die unsere Opfer verfolgt, verurteilt, gefoltert und ermordet haben.

Ohne Erwähnung dieser Täter und ihrer Verbrechen an unseren Opfern wäre unser Gedenken geschändet. Keines unserer Opfer könnte den Ort seiner Verfolgung noch einmal betreten.

Wird es in diesem Staat jemals Rentengerechtigkeit für die Mitarbeiter des früheren MfS geben?

Diese Frage stellen sich am Beginn des neuen Jahres erneut viele vom Rentenstrafrecht betroffene Rentner und jene, denen dieses „zweifelhafte Glück“ bald zuteil werden wird.

Von **MANFRED BOLS**

Die Begriffe „Strafrente“ oder „Rentenstrafrecht“ sind nie zum Unwort des Jahres gekürt worden. Sie haben auch nie in dieser Umfrage einen vorderen Platz belegt, obwohl sie dafür sicher einige Voraussetzungen mitbringen. Die entscheidende: Sie stehen für ein wichtiges Thema und sind politische und soziale Realität.

Missbrauch des Rentensystems als Strafsystem

Unmittelbar nach dem Beitritt der DDR zur BRD waren noch viele Personengruppen von Rentenkürzungen betroffen, nämlich alle die, die nach Auffassung der neuen Machthaber zur „Stärkung und Aufrechterhaltung des politischen Systems“ der DDR beigetragen hatten. Das betraf die NVA, die Volkspolizei, die Feuerwehr, den Strafvollzug und die Zollverwaltung, den Staatsapparat, die Funktionäre und Angestellten der gesellschaftlichen Organisationen und Parteien, Teile der Intelligenz und natürlich das MfS/AfNS. Der zentrale Terminus dafür war „Systemnähe“. Die Voraussetzungen dafür hatte der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 mit der sogenannten Systementscheidung geschaffen. Er bestimmte hinsichtlich des später formulierten Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG), dass „ungerechtfertigte“ Leistungen abzuschaffen und „überhöhte“ Leistungen abzubauen sind. Auf dieser Festlegung beruht das Rentenstrafrecht noch heute, und das BVerfG beruft sich seit Jahren auch darauf, obwohl dazu nie eine gründliche Untersuchung vorgenommen wurde. Heute gibt es zur Situation von 1991 nur einen Unterschied. Die einzige Personengruppe, die außer den „hochrangigen“ Entscheidungsträgern vom Rentenstrafrecht noch betroffen ist, sind die Mitarbeiter des früheren MfS. Alle anderen, auch die ehemaligen Mitarbeiter der anderen bewaffneten Organe, erhalten inzwischen im wesentlichen ihre vollen Renten-Ost.

Pauschale Kürzung der MfS-Renten

Die MfS-Renten werden pauschal und fallbeilartig ohne Berücksichtigung der Qualifikation und Tätigkeit nach dem Durchschnittseinkommen der Bürger der DDR (1,0 Entgeltpunkte) berechnet. Von 1991 bis 2001 waren es sogar nur 70 Prozent des Durchschnitts, was sich in einer einheitlichen monatlichen Rente von 802 DM niederschlug.

Erst das Bundesverfassungsgericht veranlasste aufgrund tausender Klagen und Widersprüche von ISOR e.V., dem sozialpolitischen Verein der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe, eine

Änderung.

Am 28. April 1999 rügte es diese Herabstufung auf Sozialhilfeniveau in einem Urteil als unverhältnismäßig und mahnte die Rentenberechnung mindestens auf der Basis des Durchschnittseinkommens aller DDR-Bürger an. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, die Einkommensverhältnisse im MfS zu klären. Nach zwei Jahren, am 27. Juli 2001, kam der Bundestag mit dem 2. AAÜG-Änderungsgesetz der Forderung endlich nach. Das veränderte Gesetz bestimmte nun die Begrenzung der Renten auf den Durchschnittsverdienst in der DDR und galt rückwirkend bis Juli 1993 für alle betroffenen Rentner, die in Widerspruch gegen-

neue „rechtserhebliche Tatsachen“ vorliegen, die beweisen, dass es sich bei den Einkommen der Mitarbeiter des früheren MfS nicht um „überhöhte“ und damit ungerechtfertigte Einkommen handelt. Die Regelung der Begrenzung auf den Durchschnittsverdienst wurde als verfassungskonform bestätigt. Gleichzeitig wurden zwei von Dr. M. Kaufmann und Dr. E. Napierkowski zu Fragen der Entlohnung und Besoldung in der DDR vorgelegte Gutachten als unzureichend zurückgewiesen.

Nichts geht mehr

Eine erste Folge dieses Beschlusses war, dass Landes- und Sozialgerichte mit

in der Volkswirtschaft der DDR in diesem Zeitraum gefordert hat.

Behörden behindern die Arbeit

Im Kampf um gerechte Renten werden den Mitarbeitern des früheren MfS immer neue Steine in den Weg gelegt. Die analytische Zuarbeit für das geforderten Gutachten wird z. B. von Anfang an durch staatliche Stellen, insbesondere die Birtler-Behörde, behindert. Erst nach zahlreiche Petitionen und massiven Protesten der Mitgliedschaft von ISOR war Frau Birtler bereit, wenigstens allgemeine Unterlagen, wie Haushalts- und Personalstatistiken des früheren MfS herauszugeben.

Verweigert wird ISOR bis heute das Recht, die beim Bundesverwaltungsamt elektronisch gespeicherten Einkommensdaten des MfS, die wichtigste Quelle für ein aussagekräftiges Gutachten, einzusehen. Das wird damit begründet, dass nur Gerichte auf Antrag Zugang zu den Zahlen hätten und ISOR als nichtöffentliche Stelle dazu nicht berechtigt sei.

ISOR wäre nun eigentlich gezwungen, gegen die Nichtherausgabe der Akten auf dem Verwaltungsgerichtsweg zu klagen. Nach Einschätzung des Geschäftsführers von ISOR, Karl-Heinz Hypko, würde aber allein dieses Verfahren bis zu zwei Jahre in Anspruch nehmen. Deshalb wird vorerst versucht werden, eine außergerichtliche Einigung zu erreichen. Ein entsprechendes Ersuchen wurde in diesem Zusammenhang an den neuen Bundesinnenminister Dr. Schäuble gerichtet.

Knackpunkt „überhöhte“ Einkommen

Mit „überhöhten“ Einkommen sind im Einigungsvertrag und anderen Dokumenten nicht hohe Einkommen gemeint, sondern Zahlungen, deren Höhe nicht durch entsprechende Arbeit und Leistung gerechtfertigt ist, sondern auf politischen Entscheidungen basiert. Die ehemaligen Mitarbeiter des MfS haben zweifelsohne – relativ – hohe Einkommen bezogen. Nach den bereits erwähnten und abgelehnten Gutachten lagen sie 20 bis 25 Prozent über den Durchschnittseinkommen in der DDR und zirka 10 Prozent über denen der anderen bewaffneten Organe, insbesondere der NVA. Das BVerfG hat allerdings in früheren Entscheidungen das gegenüber dem volkswirtschaftlichen Durchschnitt höhere Einkommen in den anderen bewaffneten Organen nicht als „überhöht“ angesehen und damit höhere Einkünfte für höhere persönliche Qualifikationen und nachweisbar höher qualifizierte Tätigkeiten anerkannt.

Trotzdem hat der Vorstand von ISOR e.V. nach Kenntnisnahme der Gutachten als Kompromiss sein Einverständnis mit einer 20-prozentigen Reduzierung der MfS-Einkommen vor Rentenberechnung erklärt, wobei die Auseinandersetzung innerhalb des Vereins über dieses Entgegenkommen zur Abspaltung einer Gruppe von Mitgliedern führte, die sich damit nicht einverstanden erklärten und eine eigene Organisation gründeten (IGA).

Hoffnungsschimmer neues Gutachten

Zum Stand der Auseinandersetzung um Rentengerechtigkeit für die Mitarbeiter des früheren MfS/AfNS

Auf der Liste des propagierten „Abscheus“ des deutschen Faschismus stand nach Viktor Klemperer das „System“ an der Spitze. In der Sprache des Dritten Reiches tauchten davon abgeleitet mehr und mehr „Systemanhänger“, „Systemjuden“, „Systemnahe“, „Systemverbrecher“, oft im Zusammenhang mit „Novemberverbrecher“, als zu vernichtende Gegner auf. Unter dieses Feindbild fielen Marxisten, Pazifisten, Liberale und andere Befürworter einer bürgerlich-demokratischen Ordnung.

(Otto Seifert, LN 25/26 '05)

gen waren. Damit kam es lediglich der Mindestforderung des BVerfG nach. Das Rentenstrafrecht wurde nicht abgeschafft, sondern nur gemildert, die Ungleichbehandlung fortgesetzt. Die Einkommensverhältnisse wurden nicht geklärt.

Widerstand durch ISOR e.V.

Die „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR“ (ISOR e.V.), die gegenwärtig über 23 500 Mitglieder verfügt und seit 1991 gegen Rentenunrecht kämpft, setzte deshalb ihren gerechten Kampf hartnäckig fort.

Hauptforderung war weiterhin die Zugrundelegung des tatsächlichen Einkommens jedes einzelnen Angehörigen bis zur Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenberechnung. Es wurden Gutachten in Auftrag gegeben, eine Verfassungsbeschwerde beim BVerfG über den Instanzenweg vorbereitet und eingereicht.

Am 22. Juni 2004 lehnte das BVerfG die Annahme dieser Verfassungsbeschwerde eines ehemaligen Angehörigen des MfS ab, der gegen die Begrenzung seines Arbeitsentgeltes auf das Durchschnittseinkommen aller ehemaligen DDR-Bürger bei der Berechnung der Rente geklagt hatte. Das BVerfG verkündete, in Zukunft keinerlei Beschwerden gegen die pauschale Kürzung der Renten der Angehörigen des früheren MfS zur Entscheidung mehr anzunehmen, bevor nicht

Strafgebühren wegen Uneinsichtigkeit drohten, falls eingereichte Klagen nicht zurückgezogen würden.

Weiterhin wird das Ruhen von Widersprüchen gegen Entgeltbescheide von den Versicherungsämtern seitdem verweigert. Wer dagegen klagt, riskiert den Vorwurf des Rechtsmissbrauchs und entsprechende Geldstrafen.

Drittens wurde ISOR e.V. damit gezwungen, ein neues umfassendes Gutachten über die Einkommensverhältnisse im MfS in Auftrag zu geben. Das BVerfG hatte nämlich im genannten Beschluß ergänzend festgestellt, dass der Bundesgesetzgeber und damit Behörden oder Gerichte verfassungsrechtlich nicht zur Erstellung von neuen Gutachten verpflichtet sind.

Mehr als 1000 Aktenpakete für neues Gutachten

Seit Monaten wird nun in einer speziell gebildeten Arbeitsgruppe von ISOR intensive Zuarbeit für ein geplantes Gutachten geleistet. Unterlagen über Gehaltshöhen in der NVA, im MdI werden gesichtet, Arbeitskräfte- und Lohnstatistiken aus der Volkswirtschaft der DDR gewälzt, Personalunterlagen und Haushaltsstatistiken des MfS/AfNS ausgewertet – bisher insgesamt über 1000 Aktenpakete.

Der Umfang der Arbeit ist deshalb so gewaltig, weil das BVerfG eine Gesamtanalyse der Gehälter von 1950 bis 1990 im früheren MfS und deren Vergleich mit den Durchschnittseinkommen



Dietmar Pellmann:

- Der Begriff Wohnung, wird heute zunehmend durch den Begriff Unterkunft ersetzt. Eine verhängnisvolle Sprachregelung.
- Ja, gegen Verscherbelung öffentlicher Daseinsvorsorge: Wenn alles privatisiert wird, fehlen den Städten Einnahmen aus Wohnungen, Parkhäusern, Wasserwerken, Müllverarbeitung und Straßenreinigung. Wir brauchen keine Stadträte die am Daumen lutschen, sondern Stadträte die bestimmen können.
- Wer die Leipziger Verkehrsbetriebe ohne städtische Zuschüsse fahren lassen möchte, der provoziert für ein einfaches Ticket Preise bis zu 6 Euro.

Am Ende ein Koffer ... zuvor klare Worte

Oskar Lafontaine und Dietmar Pellmann zu Gast im „Haus Leipzig“

Da schmuggelte doch Dr. Volker KÜLOW zu guter Letzt ein Scherz-Köffchen an den Security-Leuten vorbei ins Rampenlicht. Bestimmt war es für Oskar Lafontaine, und sein Inhalt erheiterte Saal und Bühne. Da kamen u.a. eine schön polierte rote DDR-Auszeichnungsmappe mit LVZ-Artikeln über den Saarländer zum Vorschein, als die Zeitung noch SED-Bezirksorgan war. Dazu ein prickelnder Tropfen mit Che Guevara Motiv für den Genuss nach der Lektüre. Und als Zugabe noch etwas für Lafontaines Ohren, wenn Pfeffermüller Urgestein Edgar KÜLOW mittels frisch gepresster CD über Land und Leute und lästert. Zuvor gab es jedoch 90 Minuten

klare Worte von Dietmar Pellmann und Oskar Lafontaine zur Stadt- und Bundespolitik. Pointiert und kenntnisreich.



Enrico Stange, WASG, packt KÜLOWs Köfferchen aus ... Fotos: Fiebelkorn



Oskar Lafontaine:

- Das Wort Globalisierung ist endlich wieder durch den Begriff Kapitalismus zu ersetzen. Die soziale Wertorientierung, die uns zusammenhält, geht verloren, wenn nur noch über Geld geredet wird.
- Die Grünen werden jetzt immer Gelber, bis sie ganz verwelkt sind!
- Die Geburtenrate des Volkes ist das Urteil über die Sozialpolitik seiner Regierung.

LN dokumentiert den aus Verantwortung für die Stadt und ihre Bürger formulierten Standpunkt von Linkspartei und WASG zum Nichtantritt ihres OBM-Kandidaten zur Nachwahl am 26. Februar.

Leipzig, 7. Februar 2006

Engagiert für klare Perspektiven

Sozial tut gut.

Schwarz passt schlecht zu Leipzig

Die Leipziger Linkspartei.PDS und die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) bedanken sich bei ihren Wählerinnen und Wählern, die am 5. Februar 2006 dem gemeinsamen Oberbürgermeister-Kandidaten Dr. Dietmar Pellmann die Stimme gegeben haben. Ein Sechstel der Wählerinnen und Wähler stimmte damit für eine ehrliche Politik, die das Erreichte würdigt, aber an all den Stellen, wo dringender Handlungsbedarf erkennbar ist, konsequent den Neuanfang verfolgt. Das Eintreten für soziale Gerechtigkeit und solidarisches Miteinander, für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt, für kulturelle Vielfalt,

eine zukunftsfähige, soziale und ökologische Stadtentwicklung sowie für eine solide Haushaltspolitik und eine sichere Perspektive der öffentlichen Daseinsvorsorge ist mit seinen klaren Akzenten das richtige Politikangebot zur rechten Zeit.

Der unbefangene Blick auf das Wahlergebnis vom vergangenen Sonntag beweist, dass die politische Linke in dieser Stadt eine Mehrheit von 57,1 Prozent errang. Es ist jedoch zunächst eine rechnerische Mehrheit. Das tagespolitische Geschäft zeigt, dass die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten einen CDU-Oberbürgermeister zwar verhindern will, aber leider nicht den Mut aufbringt, über ihren Schatten zu springen, Kräfte zu bündeln und ein äußerst wichtiges Stück Weg gemeinsam mit der Linkspartei.PDS und der WASG zurückzulegen. Nun wittern die CDU und die sie unterstützenden Privatisierungsfanatiker der FDP Morgenluft. Sie sind wild entschlossen, erstmals das Leipziger Neue Rathaus zu erobern und die Koordinaten in Richtung einer unsocialen Politik dramatisch zu ändern. Finanziell und personell massiv aufgerüstete Christdemokraten auf der einen Seite und in Selbstüberschätzung befangene Sozialdemokraten auf der anderen werden mit geballter Kraft so massiv aufeinander losgehen, dass wir nur wenig Chancen auf öffentliche Wahrnehmung unseres überzeugenden Programmangebots haben werden.

Deshalb haben sich die Leipziger Stadtvorstände von Linkspartei.PDS und WASG nach Abwägung aller

denkbaren Möglichkeiten auf einer gemeinsamen Sitzung am gestrigen Abend entschlossen, für den erforderlich gewordenen zweiten Wahlgang keinen eigenen Kandidaten aufzustellen. Die Verhältnisse sind klar: Die Aufarbeitung der desolaten Situation in der Leipziger Kommunalpolitik verbleibt an der Verwaltungsspitze in den Händen der Verursacher. Somit handeln Linkspartei.PDS und WASG strategisch, in dem wir durch den Verzicht auf eine erneute Kandidatur eine parteipolitische Konstellation verhindern, von der die CDU profitieren würde. Wir werden unser politisches Gewicht dahingehend einsetzen, den Leipzigerinnen und Leipzigern die enorme Bedeutung der Richtungsentscheidung vom 26. Februar 2006 vor Augen zu führen.

Die Linkspartei.PDS und die WASG bleiben selbstverständlich in bewährter Weise sowohl im Stadtrat als auch außerparlamentarisch aktiv und werden weiterhin soziale Gerechtigkeit und solidarisches Miteinander in den Mittelpunkt ihrer Kommunalpolitik stellen.

Reiner Engelmann, amtierender Fraktionsvorsitzender Die Linke.PDS im Stadtrat zu Leipzig

Dr. Volker KÜLOW, Vorsitzender des Leipziger Stadtverbandes der Linkspartei.PDS

Dr. Dietmar Pellmann, gemeinsamer Oberbürgermeisterkandidat Linkspartei.PDS und WASG

Enrico Stange, Pressesprecher des Kreisverbandes Leipzig und Leipziger Land der WASG

Fortsetzung von Seite 8

Die Kompromissbereitschaft wurde leider von den staatlichen Stellen ignoriert, bleibt aber laut Äußerung eines Beiratsmitgliedes von ISOR aufrechterhalten. Sie lautet: Soweit im Zusammenhang mit dem neuen Gutachten erhöhte Einkommen nachgewiesen werden, ist ISOR bereit, darauf zu verzichten.

Weitere Verletzung der Wertneutralität des Rentenrechts

Zu Optimismus besteht leider nicht viel Anlass. Am 1. Juli 2005 trat ein durch den Bundestag beschlossenes Gesetz in Kraft, das das Strafrentensystem bekräftigte und neue Kategorien von Strafrentnern (trifft auf zirka 4000 Personen zu) schafft. Das sind u. a. die Mitglieder von Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen sowie Richter und Staatsanwälte, die

angeblich Weisungsbefugnisse gegenüber dem MfS hatten. Damit werden Rentenkürzungen nicht mehr von angeblich erhöhten Einkommen abgeleitet, sondern von der ausgeübten Tätigkeit, was eine weitere Verletzung der Wertneutralität des Rentenrechts bedeutet.

Insgesamt rechnet man bei einem für ISOR erfolgreichem Verlauf der weiteren Auseinandersetzung damit, dass bis zur Fertigstellung der Gutachten, der danach folgenden Einleitung von Musterverfahren und einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes noch einige Jahre vergehen werden.

Viele der heutigen Rentner werden also eine mögliche rentenrechtliche Verbesserung nicht mehr erleben. Nachzahlungen für die Zeit davor sind aus juristischen Gründen auch nicht zu erwarten. Im Bericht des Vorstandes an die ordentliche Vertreterversammlung von ISOR e.V. am 12. 11. 2005 wird eingeschätzt, dass die Begrenzung auf die DDR-Durchschnittsrente nach der Klä-

rung der Einkommensverhältnisse im MfS vom Bundesverfassungsgericht als inakzeptabel bewertet werden wird.

Die gegenwärtige Begrenzung der MfS-Renten auf 1,0 Entgeltpunkten ist übrigens noch niedriger als die Kürzung durch die letzte Volkskammer der DDR, auf die sich das Bundesverfassungsgericht allgemein beruft. Diese legte die Rente auf maximal 990 DM fest, was damals 1,28 Entgeltpunkten (gegenüber von 1,0 aktuell) entsprach.

Nicht vergessen werden darf, dass die Auseinandersetzung um Aufhebung der grundgesetzwidrigen Kürzung der Renten durch die tiefe gesellschaftliche Krise in Deutschland zusätzlich erschwert wird. Weitere angekündigte Nullrunden bei Rentnern, die Diskussion über die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge, die Anhebung des Renteneintrittsalters usw. beweisen, dass die neue Bundesregierung neue Belastungen auch auf Kosten der Rentner schultern will. In dieser Situation Verbesserungen für eine Personengruppe

zu erreichen, die durch eine zur Gewohnheit gewordenen Herabwürdigungspraxis an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurde, die keine Lobby hat und der folgenlos alles mögliche Schlechte angeichtet werden kann, ist unter den genannten Bedingungen außerordentlich kompliziert.

ISOR e.V. wird trotz der komplizierter gewordenen Lage den Kampf für die Beseitigung des Rentenstrafrechtes beharrlich, sachlich konstruktiv und ehrlich. Die Erfahrungen und bisherigen Erfolge haben allerdings bewiesen, dass dazu weiterhin politischer Druck, organisierter Kampf und ständige Artikulation der politischen Interessen notwendig sind. So bedeutet der Wahlerfolg der Linkspartei.PDS auch neue Hoffnung für die Durchsetzung der berechtigten Anliegen von ISOR e.V. Die frühere PDS hatte bisher die Forderungen der Mitglieder von ISOR, die auch mehrheitlich diese Partei wählen, in ihren Programmen und in der politischen Praxis unterstützt.

Von **WERNER WOLF**

Größere Gegensätze im Umgang mit Mozarts Werk sind kaum denkbar wie sie auf den Tag genau 250 Jahre nach der Geburt des Salzburger in den gegenüberstehenden Häusern am Leipziger Augustusplatz zu erleben waren. Im Gewandhaus war von der historischen Aufführungspraxis ausgehend jenes Programm zu hören, mit dem (soweit zu ermitteln) sich der Meister am 12. Mai 1789 den Leipzigern als Komponist und Pianist vorstellte. Das Opernhaus bot in einer von Dietrich Hilsdorf zu verantwortenden Neuinszenierung mit Frank Beermann als Dirigenten das heiterhintergründige Singspiel „Die Entführung aus dem Serail“ als mehr oder minder brutale „Szenen aus dem besetzten Wien“. Trevor Pinnock sorgte mit dem Gewandhausorchester nicht nur für stilsichere und klar artikulierte, sondern auch denkbar eindringliche musikalische Gestal-

tung der Haffner- und der Jupiter-Sinfonie, der Orchesterparts der Klavierkonzerte D-Dur KV 537 und C-Dur KV 503 sowie zweier Arien. Die portugiesische Pianistin Maria Joao Pires gestaltete im Konzert D-

konzert mit dem amerikanischen Dirigenten Hugh Wolff und dem wundersam Bassettklarinetten spielenden Briten Michael Collins mit dem Klarinettenkonzert, der Posthorn-Serenade von Mozart und der Sinfonie „La Rei-

Mozart über Mozart – und dann Tschaikowski

Dur den Solopart und zudem die Klavierfantasie c-Moll mit großartiger Musikalität und Klangkultur mit geschmackvollen Verzierungen im langsamen Satz. Ihr in Brasilien geborener Kollege Ricardo Castro stand ihr im Konzert C-Dur kaum nach. Die kurzfristig für die erkrankte Lucy Crowe gewonnene Johanna Stojkovic glänzte mit den Arien KV 505 und 528. Ein unvergesslicher Abend. Eindrucksstarkes war auch im vorhergehenden Gewandhaus-

ne“ von Haydn zu erleben. Mozart war selbstverständlich auch in Gewandhaus-Kammermusik zu hören.

Um so ärgerlicher war in der zweiten Aufführung der Eindruck der erfundenen Türkenbesetzung Wiens im Singspiel „Die Entführung aus dem Serail“. Alles spielt laut Vorhangbeschriftung am 16. Juli 1782, nachdem die Stadt zur Plünderung frei gegeben war. Der Gazevorhang lässt an der Außenwand eines Palastes, in

dem Selim Bassa als Oberbefehlshaber der türkischen Truppen residiert, Einschüsse erkennen. Türkische Soldaten gebärden sich während der Ouvertüre brutal und furchteinflößend.

Den ebenfalls beschädigten Salon bewacht der glatzköpfige Osmin als ausgesprochener Bruto, der zumal den gefangenen Diener Pedrillo erbarmungslos herumschleift. Alle Dialoge sind mit der (nicht neuen) Begründung gestrichen, sie stünden nicht auf der Höhe der Musik. Doch sie treiben das Bühnengeschehen zwischen den jetzt unlogisch aufeinander folgenden Gesangsszenen voran. Dem Regisseur waren sie offensichtlich für seine dem Charakter der Musik widersprechende szenische Gestaltung im Wege. Fast entsteht der Eindruck, Hilsdorf wolle Frau Merkel in ihrer EU-Ablehnung der Türkei unterstützen. Nur Selim Bassa darf nach Texten anderer Autoren sprechen. Die brüllt oder röht Frank Köbe ins Parkett, dass der umworbenen Konstanze Hören und Sehen ver-

gehen müsste. Doch der Regisseur meint, sie sei von ihm beeindruckt. Und auch deren Dienerin Blonde von Osmin. Bleiben die musikalischen Leistungen Stanley Jacksons (Belmonte), Kristina Hanssons (Konstanze), Dan Karlströms (Pedrillo), Robin Johannsens (Blonde), des Gewandhausorchesters und der Opernchores unter der straffen Leitung Frank Beermanns zu würdigen. Als Osmin lässt sich James Moellenhoff zu weniger geschliffenem Gesang verleiten.

Dann aber gab es einen wunderbaren Tschaikowski-Abend mit den St. Petersburger Philharmonikern unter ihrem jetzigen Chef Juri Temirkanow, der zugleich Erinnerungen an gefeierte Gastspiele unter Kurt Sanderling und Jewgeni Mravinski wach rief. Schon das Violinkonzert mit Arabella Mihi Steinbacher wirkte stark. Und dann war Tschaikowskis „Fünfte“ mit all ihren Gegensätzen und Klangwundern in einzigartiger Weise zu hören.

Wenn heute wieder öfter nach den Geheimnissen der russischen



Vor 150 Jahren, am 17. Februar 1856, starb Heinrich Heine. Das Gedicht „Enfant perdu“ entstand im Jahre 1851.

ENFANT PERDU

*Verlorner Posten in dem Freiheitskriege,
Hielt ich seit dreißig Jahren treulich aus.
Ich kämpfe ohne Hoffnung, daß ich siege,
Ich wußte, nie komm ich gesund nach Haus.*

*Ich wachte Tag und Nacht – Ich konnt nicht schlafen,
Wie in dem Lagerzelt der Freunde Schar –
(Auch hielt das laute Schnarchen dieser Braven
Mich wach, wenn ich ein bißchen schlummrig war).*

*In jenen Nächten hat Langweil ergriffen
Mich oft, auch Furcht (nur Narren fürchten nichts) –
Sie zu verscheuchen, hab ich dann gepffiffen
Die frechen Reime eines Spottgedichts.*

*Ja, wachsam stand ich, das Gewehr im Arme,
Und nahte irgendein verdächt'ger Gauch,
So schoß ich gut und jagt ihm eine warme,
Brühwarme Kugel in den schnöden Bauch.*

*Mitunter freilich mocht es sich ereignen,
Daß solch ein schlechter Gauch gleichfalls sehr gut
Zu schießen wußte – ach, ich kann's nicht leugnen
Die Wunden klaffen – es verströmt mein Blut.*

*Ein Posten ist vakant! – Die Wunden klaffen –
Der eine fällt, die andern rücken nach –
Doch fall ich unbesiegt, und meine Waffen
Sind nicht gebrochen – Nur mein Herze brach.*

Kunst und Politik

Ein sowjetischer Soldat liegt im Graben vor dem weihnachtlichen Weißen Haus in Washington oder Mao läuft mit einem Regenschirm über den Marcusplatz oder viele kleine blaue Nixon-Köpfe. Dies kann nur eines bedeuten: die sechziger, siebziger Jahre, die Werke von Erró (1932), Fahlström (1928-1976), Köpcke (1928-1977), Lebel (1936) sind in Leipzig. Dank des Museums der bildenden Künste, dank des eifrigen Sammlers Harald Falckenberg. Surrealismus, Dadaismus und Popart bilden die Klammer, das Infragestellen von Kapitalismus und Bürgertum die Grundlage der vier westeuropäischen Künstler. Erstaunliche Gemeinsamkeiten mit der Leipziger Schule um Mattheuer, Tübke und Heisig liegen nicht nur in der historischen Erfahrung mit dem Zweiten Weltkrieg und dessen Folgen sowie in der Ablehnung des imperialistischen Weltbildes, sondern auch in der Opposition zur Abstraktion. Die Exposition erlaubt einen authentischen Einblick in das Kunstverständnis der westlichen Nachkriegsära. Zur Ausstellung ist ein lesens- und sehenswerter Katalog erschienen (20,- Euro).

• D. M.

„ART & POLITICS“: bis 26. Februar 2006,
Museum der bildenden Künste Leipzig, Katharinenstr. 10,
Di., Do.-So., Feiertage 10-18 Uhr, Mi. 12-20 Uhr

Der Zufall will es, dass zwei außergewöhnliche Film-Produktionen in diesen Tagen gleichzeitig den Betrachter aufs äußerste verwunden können. Es geht um Arbeiten des Wiener Regisseurs Michael Haneke. Ich erinnere mich noch sehr gut

Von **MICHAEL ZOCK**

an einen Diskussionsabend in der Leipziger Schauburg, als 1997 der Schauspieler Ulrich Mühe zu Gast war. Er, einer der oft besetzten Hauptdarsteller des Regisseurs (auch in „Benny Video“ zu sehen), sprach über den Film „Funny Games“. In diesem grausamen Spiel werden Mutter, Vater und Kind in ihrem Urlaubsidyll von adretten,

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

(Ver) Störende Filme Videos und Bilder

jugendlichen Sadisten heimgesucht. Der Film ist jetzt (endlich) auch als DVD erhältlich und entlarvt seinen Zuschauer als heimlichen Mittäter heutiger medialer Grausamkeiten. Man muss diese Sicht nicht teilen. Nur: Morde und Totschläge, Vergewaltigungen und Bedrohungen, werden uns beispielsweise beim MDR - „Dabei ab 2“ oder auch als ARD - „Brisant“

Aufmacher täglich in die Wohnzimmer quotenträchtig serviert. Welcher Mensch kann diese brutale Fülle auf Dauer verarbeiten und bewerten?

„Funny Games“ ist verstörend oder anders gesagt, der Film stört diese mediale Gesellschaft auch Jahre nach seiner Premiere. Interessant in diesem Zusammenhang, dass sich im wahren Leben einige der derzeitigen

Mahner an der Nikolaikirche, den Reporterfragen in Sachen Bennewitzer Irak-Ingenieure bewusst entzogen haben. Sie wollten einfach ihr Gesicht nicht für die berühmten drei Worte in die vielen Kameras halten, um sich dann auf allen Sendern wiederzufinden.

Ende 2005 bekam nun „Cache“ die neueste Arbeit Hanekes den begehrten Europäischen Filmpreis. Nicht nur als bester Film, sondern auch für die Leistungen der Schauspieler, des Regisseurs und des Schnittmeisters. Zur Zeit ist die Gemeinschaftsproduktion zwischen Österreich, Deutschland, Italien und Frankreich auch in Leipzig zu sehen. Anonyme Videos verunsichern darin. Georges (DANIEL AUTEUIL)

der Moderator einer erfolgreichen Literaturtalkshow im Fernsehen merkt, dass seine Tage und Nächte minutiös verfolgt werden. Auf diesen Bildern ist offenbar nichts Kompromittierendes zu sehen. Ein Auto wird geparkt, eine Tür fällt ins Schloss. Stille. Doch gerade diese Stille macht die Videoaufnahmen für den Betrachter so bedrohlich und geheimnisvoll.

Es werden in Hanekes Film Verknüpfungen individueller und struktureller Gewalt vorgeführt und bewertet. Es passiert, dass Eheleute ihre entstehenden Spannungen vor der Kulisse laufender Krisenberichte der tägliche Fernsehnachrichten tragen. Wer hört sich überhaupt noch zu im Film und im Leben?

Im vergangenen Jahr der Einheitsfeiern erschien unter den vielen die Konjunktur des jubiläumsträchtigen Augenblicks nutzenden Publikationen auch ein im Grundton eher heiter-humorvolles Buch, das trotzdem – oder gerade deshalb – ernst genommen werden sollte: der Roman *Der letzte Sommer der Indianer* von Bernd Schirmer.

Der Autor (Jahrgang 1940) hatte schon 1992 mit *Schlehwins Giraffe* einen „Wenderoman“ veröffentlicht, der auf höchst eigenwillige Weise aus genau beobachteten Details jener Umbruchsituation 1989/90 eine fantasievolle und zugleich alltagsnahe Geschichte entwickelt und mit ihr den Lesern ein nachdenkliches Lesevergnügen bereitet hatte.

Was damals wie gegenwärtig erlebt erschien, ist nun im neuen Roman Gegenstand der Erinnerung. An jenen letzten Sommer nämlich, den sie noch als vom Kulturbund legitimierte Freizeitindianer erlebt hatten, bevor der Herbst 1989 plötzlich eine ungeahnte Steigerung ihres Lebensgefühls gebracht hat, dem bald darauf aber alle Grundlagen entzogen werden sollten.

Die Indianer-Idee erweist sich als ein äußerst fruchtbarer Einfall des Autors. Er setzt mit ihr bei einer real möglichen Si-

Von Abenteuern, Spielen und Träumen

tuation an, verwendet sie aber mehr und mehr als Metapher. Einmal für die Lage in der späten DDR, wo zunehmend nach Freiräumen gesucht worden ist, um alternative Lebensansprüche realisieren zu können. Und „wirklich in der Wirklichkeit haben wir ja nie gelebt“, denkt einer der Beteiligten im nachhinein. Zum anderen bietet die Indianer-Metapher für Schirmer von ihm mit viel Sprachwitz genutzte Gelegenheiten, den Zusammenstoß der unterschiedlichen „Sozialisierungen“ von Ost und West präzise und anschauliche zu erfassen. So wenn die „roten Brüder“ aus dem Osten im Westen „ihr Leben erklärt“ bekommen oder wenn nach der Vereinigung „das ganze Land ... neu vermessen“ wird, wobei die östlichen Freizeitindianer ihre Jagdgründe ebenso an die westlichen Cowboys verlieren wie einstmal ihre historischen Vorbilder in Nordamerika. Am Ende bleibt von ihrem Traum ein kleiner Eventpark „Indianer-Paradies“ inmitten eines gewaltigen Shop-

pingzentrums übrig. Und von den ehemaligen Indianern heißt es, „die einen waren abgestiegen, die anderen aufgestiegen“. Schirmer erzählt ihre Geschichten mit Humor, aber durch die Komik hindurch wird immer wieder auch Tragisches spürbar. Ausgesprochen dramatisch gestaltet sich das Geschehen, in das die Hauptpersonen des Romans verwickelt sind. Maria, die schon im Sommer 1989 keine Indianerin mehr sein wollte, stand in ihrer Jugend zwischen zwei Männern. Der eine hatte, nachdem sein illegaler Waffenbesitz verraten worden war, aus der DDR fliehen müssen. Den anderen, den späteren Häuptling der Indianer-Gruppe, hatte sie geheiratet. Nun nach der Grenzöffnung erscheint der, von dem nie wieder ein Lebenszeichen gekommen war, plötzlich als Cowboy aus dem Westen und fordert zurück, was er verloren hatte: die Liebe Marias und den alten Besitz seiner Familie. Die im Rahmen der Indianer-Metapher stilecht überhöhte Geschichte hält

viele überraschende Wendungen parat und den Leser bis zum Schluss in ihrem Bann. Den erzählerischen Höhepunkt des Romans bildet die Schilderung einer spontanen Venedig-Reise Marias mit ihrem Mann, die zu einer zweiten Hochzeitsreise gerät und mit der sie sich einen Sehnsuchtswunsch erfüllt, der zu DDR-Zeiten Traum hätte bleiben müssen. Doch wie verwickelt die Dialektik der Geschichte ist, tritt gerade hier bei einer Begegnung mit einem alten italienischen Kommunisten zu Tage, der sich seinerseits an Besuche in der DDR als seine Traum-Reisen erinnert: an ein „Land, in dem es keine Bettler gab ... keine Armen und Reichen“.

Bernd Schirmer ist es gelungen, mit seinem Blick zurück, der weder verklärt noch denunziert, das Lebensgefühl vieler seiner Generation zu treffen und anzusprechen. Indem er seine Figuren erzählen lässt „von ihren Abenteuern und von ihren Spielen und von ihren Träumen“, aktiviert er unser eigenes nachdenkliches Sich-Erinnern.

• KLAUS PEZOLD

Bernd Schirmer: *Der letzte Sommer der Indianer. Roman. Eulenspiegel Verlag, Berlin 2005. 254 S., geb., 17,50 Euro*

Meine erste Begegnung mit Armenien reicht in das Jahr 1958 zurück. Es waren umwerfende landschaftliche und kulturelle Eindrücke, aber wir erleben auch erstmals das Problem der Emigration und ihre Rolle im Leben des Landes. Gleichzeitig spürten wir auch die ansonsten verschwiegenen nationalen Konflikte. Später gelangte Armenien und sein Trauma, der Genozid im Ersten Weltkrieg, über Franz Werfels „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ ins Bewusstsein, noch später kamen etliche Werke armenischer Literatur hinzu. Wissenschaftlich erforscht hat dieses Gebiet in Leipzig seinerzeit vor allem die Slawistin Adelheid Latchinian. Ihr großes Editionsprojekt, die Herausgabe einer Anthologie armenischer Erzählkunst des 20. Jahrhunderts, sollte 30 Erzähler des heutigen Armeniens und der Diaspora umfassen – alles war fertig, bereits korrigiert (432 Seiten), als der Verlag Volk und Welt in den Wendewirren unterging. Nun also liegt das Büchlein vor, auf eigene Kosten im rührigen NORA-Verlag Berlin gedruckt, bescheidener im Umfang, aber wiederum mit hohem Anspruch.

Die Auswahl umfasst 10 Erzähler, die zumeist in der Sowjetzeit gelebt haben, aber auch Autoren aus der armenischen

Armenische Erzählungen

Diaspora fehlen nicht. Ein instruktives Nachwort mit viel Wissensvermittlung und mit Daten über einzelne Autoren rundet das Ganze ab.

Liegt es an der Auswahl der zumeist erstmalig ins Deutsche übertragenen Erzählungen oder ist Melancholie wirklich ein Grundzug armenischer Literatur des 20. Jahrhunderts? Zu begreifen ist das allemal. Hier wurde in den Mühlen des Weltkrieges, unbemerkt von der Weltöffentlichkeit, die mit den europäischen Schauplätzen genug zu tun hatte, ein ganzes Volk (das ohnehin schon seit Jahrhunderten gespalten war) zermahlen, der Vernichtung und physischen Verfolgung ausgesetzt. Dieser Schock sitzt tief, man findet die Spuren im heutigen Armenischen Viertel im syrischen Damaskus ebenso wie in den Memoiren des (armenischen) Weltstars Charles Aznavour. Aber auch die Lager Stalins und die Schrecken des Zweiten Weltkrieges sind allgegenwärtig. Daneben aber wird immer wieder ein leiser Humor sichtbar,

eine ironische Betrachtung des Geschehens, das Vermögen, sich selbst zu belächeln und sich nicht nur selbst zu bemitleiden. Es sind Erzählungen von sehr gleichnishaftem Charakter, voller Toleranz und Weisheit. Innere soziale Konflikte finden in diesen Erzählungen selten statt, das Schicksal des ganzen armenischen Volkes steht, sozial undifferenziert, im Vordergrund. Aber daraus wird ein Menschheitsschicksal. Denn die Autoren zielen weit über die konkrete historische Begebenheit hinaus; die vorgeschaltete Erzählerfigur (oft ist es ein Gottesnarr, ein Einsiedler oder ein dem Tode Geweihter) berichtet ganz schlicht, ohne modischen Schnickschnack oder gewaltige „action“ vom einfachen Leben, von der „Brüderlichkeit der Menschen“ (Saroyan). Zur Melancholie des Erzählens und Erlebens gesellt sich so Sehnsucht, neben die Wehmut tritt das Streben nach Glück. Nichts Spektakuläres also, sondern einfach gute Literatur.

• ERHARD HEXELSCHNEIDER

Sehnsucht ohne Ende. Armenische Erzählungen. Hrsg. Adelheid Latchinian. NORA Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide. Berlin 2005. 172 Seiten. 14,90 Euro

Zeitenbrüche

Wenn Dichter und Literaturforscher nachdenken, dann kann es mitunter schwierig werden, ihnen immer und sofort zu folgen und wie in diesem Fall die Gedanken letzterer zu verstehen. Das Buch liest sich nicht immer einfach. Vielleicht liegt es daran, dass alle Beiträge dem Germanisten Klaus Schuhmann zum 70. gewidmet sind. Da wird mitunter auch ganz schön gefachsimpelt. Eine Art Festschrift also. Trotzdem: Jeder kann und sollte das Seine aus den Gedanken der 27 Autoren herauslesen und sich daran reiben. Beispielsweise schon am Vorwort der Herausgeber Antonia und Roland Opitz: „Die Menschen, die im 20. Jahrhundert lebten, hatten nicht nur eine Biographie, sondern zwei oder mehrere.“ Da kann man schon ins Grübeln kommen, wie *das* gemeint ist. Wir lesen auch: „Dichter zu sein in den Brüchen der Zeit, es gibt kaum Schwereres.“ Da möchte ich hinzufügen: Leser zu sein in den Brüchen unserer Zeit ist nicht leichter.

• M. Z.

Dichter in den Brüchen der Zeit. Rosa Luxemburg-Stiftung Sachsen 2005. 438 Seiten 2005, 16 Euro (ermäßigt 12 Euro)



Ein Beispiel für heutige Oberbürgermeister

Vor 120 Jahren wurde Erich Zeigner geboren

Als der Sozialdemokrat Erich Zeigner im Juli 1945 – in der Stadt herrschten unsägliche Bedingungen – vom sowjetischen Stadtkommandanten Trufanow als Leipziger Oberbürgermeister eingesetzt wurde, war er längst eine historische Persönlichkeit. Als sächsischer Justizminister 1921 und 1923 Ministerpräsident einer Arbeiterregierung in Sachsen, der linke Sozialdemokraten und Kommunisten angehörten und die durch einen Staatsstreich der Reichsregierung mit Hilfe der Reichswehr abgesetzt wurde. Zeigner wurde unter fadenscheinigen Beschuldigungen zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt. Der promovierte Jurist und erfahrene Verwaltungsfachmann, am 17. Februar

1886 in Erfurt geboren, Mitglied der SPD seit 1909, trat das Oberbürgermeisteramt gerade ein Vierteljahr nach seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager Buchenwald an, in das er 1944 verschleppt worden war.

In enger Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden, aber stets mit eigenen Vorschlägen, Ideen und Forderungen, organisierte er an der Spitze der Stadtverwaltung mit einem bewundernswürdigen Arbeitspensum die schwierige und vielseitige Tätigkeit zur schrittweisen Wiedereingangssetzung des Lebens der Stadt. Zu seinen dauerhaften Verdiensten in dieser Nachkriegszeit gehört, dass er frühzeitig die Wiederbelebung der für

Leipzig lebenswichtigen Messe auf den Wege brachte. Wesentlichen Anteil hatte er daran, dass schon im Oktober 1945 in Leipzig eine regionale Musterschau stattfinden konnte und im Frühjahr 1946 die Voraussetzungen geschaffen sind, um im Mai die erste Nachkriegsmesse, schon mit internationaler Beteiligung durchzuführen. Aktiv wirkte Zeigner, ungeachtet sich andeutender interner Widersprüche, an der Herstellung der Einheit der beiden Arbeiterparteien mit.

Erich Zeigner, seit langem gesundheitlich angeschlagen, starb am 5. April 1949. Fritz Selbmann würdigt ihn als Mann von „großem staatsmännischen Qualitäten“.

• G. L.

KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren

**Gründung des
FDGB**

Vom 9. bis 11. Februar 1946 wurde in der Deutschen Staatsoper (Admiralspalast) in Berlin auf dem 1. Kongress der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) für die sowjetische Besatzungszone gegründet. 809 Delegierte waren zugegen. Den 210 Gastdelegierten wurde das Mandat eines ordentlichen Delegierten zugesprochen, wodurch sich die Delegiertenzahl auf 1019 erhöhte.

Folgende Fragen standen im Mittelpunkt: die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung – in der Weimarer Republik war die Gewerkschaftsbewegung zersplittert und während der Nazi-diktatur zerschlagen und gleichgeschaltet –, die antifaschistische Umgestaltung und die Mitverantwortung der Gewerkschaften für den demokratischen Neuaufbau, die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes und die aktive Mithilfe der Gewerkschaften bei der Durchführung des Wirtschaftsplanes 1946. Es wurde gefordert, eine Konferenz demokratisch gewählter Gewerkschaftsvertreter aus allen Teilen Deutschlands einzuberufen, die den einheitlichen deutschen Gewerkschaftsverband schaffen sollte.

Beschlossen wurden: Grundsätze und Aufgaben des FDGB, eine vorläufige FDGB-Satzung, Aufgaben und Rechte der Betriebsräte, eine Entschließung für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei, gerichtet an das Zentralkomitee der KPD und an den Zentralausschuss der SPD.

Hans Jendretzky (KPD) wurde zum Vorsitzenden, Bernhard Göring (SPD) zum 2. Vorsitzenden und Ernst Lemmer (CDU) zum 3. Vorsitzenden gewählt.

Der 1. FDGB-Kongress fand im zeitlichen Vorfeld der Vereinigung von KPD und SPD zur SED statt und war wesentlich darauf gerichtet, zur Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung beizutragen. Die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) als Dachverband der westdeutschen Gewerkschaften erfolgte erst im Oktober 1949. Auch in Westdeutschland wurde bei diesem Schritt Wert darauf gelegt, einen einheitlichen Verband zu schaffen und die frühere Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung zu vermeiden. Die gewerkschaftliche Mitbestimmung konzentrierte sich wesentlich auf die sozialen Angelegenheiten der Werktätigen. Das Wirken der Gewerkschaftskollektive hatte starken Einfluss auf Arbeits- und Betriebsatmosphäre, auf soziale Geborgenheit. In dieser Weise wirkten Gewerkschaftsgruppen und -organisationen basisdemokratisch und bewahrten die Beschäftigten vor sozialer Unsicherheit und Arbeitslosigkeit.

Vor fünfzig Jahren tagte der XX. Parteitag der KPdSU

Das Tauwetter ging vorüber

Der in der Zeit vom 14. bis 25. Februar 1956 in Moskau durchgeführte XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion war ihr zweiter Parteikongress seit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges und ihr erster seit dem Tod J. W. Stalins. Er fand in einer Zeit statt, da im Kalten Krieg eine gewisse Stabilität im internationalen Rahmen eingetreten war. Das Ende des Koreakrieges lag knapp zwei Jahre zurück; er hatte bekanntlich mit der Rück-

densvertrages.

Der Parteitag erklärte, dass der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vielfältige Formen annehmen kann und ein friedlicher Weg der sozialistischen Revolution anzustreben sei. Der Parteitag orientierte darauf, den Wettbewerb auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens immer mehr in den Mittelpunkt des Kampfes zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen zu rücken. In der UdSSR habe der Sozialismus

Maßnahmen zur Abrüstung in ganz Deutschland vereinbart und der Abschluss eines Vertrages der kollektiven Sicherheit in Europa unterstützt werden.

Die allseitige Stärkung der DDR wurde zur wichtigsten Aufgabe erklärt: Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Meisterung der fortgeschrittenen Technik, Inangriffnahme des ökonomischen Wettbewerbs mit der BRD, weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie. Die 3. Parteikonferenz

bilitiert. Es bahnte sich ein Prestigegegewinn für die Sowjetunion sowie die weiteren sozialistischen Länder und die in ihnen führenden Parteien, ein Aufschwung im geistigen Leben der Völker an.

Im Gefolge der Verurteilung des Personenkults und der Entstalinisierung in der UdSSR kam es auch in der SED im Zusammenhang mit der Distanzierung vom bisherigen Vorbild Stalin zu fundamentalen Diskussionen. Zwölftausend Gefangene wurden amnestiert. Über neue Gestaltungsmöglichkeiten des Sozialismus wurde diskutiert.



Im Hüttenwerk „J. W. Stalin“ in Stalino (Ukraine) werden Hochofenarbeitern Materialien des XX. Parteitags der KPdSU vorgelesen.

Foto: Archiv

kehr auf die Ausgangslinie mit einem strategischen Patt beendet. Nach der NATO-Eingliederung der BRD und dem darauf folgenden Abschluss des Warschauer Vertrages war eine greifbare deutsche Wiedervereinigung weit aus dem Blickfeld gerückt und die militärische Blockbildung in Europa perfekt.

Zur internationalen Lage und zum Stalinismus

Der XX. Parteitag der KPdSU bezeichnete als Hauptmerkmal der Zeit, dass der Sozialismus über den Rahmen eines Landes hinausgewachsen und zu einem Weltsystem geworden war. Daraus wurden neue Möglichkeiten für die Lösung zahlreicher innerer und internationaler Probleme abgeleitet. Sich auf das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz von Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen stützend, zog der Parteitag die Schlussfolgerung, dass infolge des neuen internationalen Kräfteverhältnisses die Möglichkeit entstanden sei, einen neuen Weltkrieg zu verhindern. Der XX. KPdSU-Parteitag forderte die allgemeine und vollständige Abrüstung, die Regelung internationaler Fragen durch Verhandlungen und den Abschluss eines deutschen Frie-

endgültig gesiegt und das Sowjetvolk beschreite allmählich den Weg des Übergangs zum Kommunismus. Im 6. Fünfjahrplan wurde als Ziel festgelegt, die höchstentwickelten kapitalistischen Länder einzuholen und zu überholen. Derartige Zielstellungen basierten jedoch nicht auf dem realen Entwicklungspotential.

Im Mittelpunkt des großen Interesses an diesem Parteitag stand die in geschlossener Sitzung von N. S. Chruschtschow gehaltene Rede zum Wesen und zu den Folgen des Personenkults um J. W. Stalin mit Enthüllungen über die von Stalin und den mit ihm verbundenen Entstellungen der marxistischen Lehren und des Wesens des Sozialismus sowie damit verbundene Verbrechen.

Schlussfolgerungen der SED

Auf der kurz nach dem XX. KPdSU-Parteitag stattgefundenen 3. Parteikonferenz der SED in Berlin in der Zeit vom 24. bis 30. März 1956 wurde die Sicherung des Friedens zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage erklärt. Die Wiedervereinigung erfordere nunmehr einen langen Zeitraum. Die Spannungen zwischen beiden deutschen Staaten sollten schrittweise vermindert, die Beziehungen zwischen ihnen auf allen Gebieten vertieft,

empfohlene zwecks Einbeziehung der Handwerker, Gewerbetreibenden, Einzelhändler und kapitalistischen Unternehmen in sozialistische Wirtschaftsformen, weitere Produktionsgenossenschaften des Handwerks zu bilden, Kommissionsverträge mit dem staatlichen und genossenschaftlichen Handel abzuschließen und staatliche Beteiligungen aufzunehmen.

Bewegung im politischen und geistigen Leben

In der Sowjetunion bewirkte der XX. Parteitag, dass vielfach stalinistisches Eis gebrochen wurde und politisches Tauwetter eintrat. Das fand im politischen und kulturellen Leben mannigfaltigen Ausdruck. In diesem Sinne erschienen neue Filme und literarische Werke, beispielsweise die auch in der DDR viel diskutierten Romane „Frühlingstürme“ und „Schlacht unterwegs“. Die UdSSR verstärkte ihre außenpolitischen Aktivitäten.

In vielen Ländern, besonders auch in den kommunistischen und Arbeiterparteien, entfalten sich rege Diskussionen mit Erleichterung und Genugtuung angesichts der antistalinistischen Kritik. In den sozialistischen Ländern wurden zahlreiche Opfer des Stalinismus reha-

Konfliktreiche Entwicklungen und Ende der Entstalinisierung

In der nach dem XX. KPdSU-Parteitag entstandenen neuen Lage, vor allem in den sozialistischen Ländern, wo es über neue Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten schöpferisch nachzudenken galt, versuchten die herrschenden Kreise in den NATO-Staaten die Situation auszunutzen, um die Existenz des Sozialismus als reale Gesellschaft in Frage zu stellen. Nicht ohne deren Einfluss kam es beispielsweise in Polen und Ungarn zur Herausbildung oppositioneller Bewegungen.

Im Sommer 1956 streikten in der polnischen Industriestadt Poznan Arbeiter gegen hohe Normen. Gegen die Demonstranten setzte die Armee Panzer ein und beendete den Streik. 57 Menschen wurden getötet, mehrere Hundert verletzt. Ausgehend von einer Solidaritätskundgebung ungarischer Oppositioneller in Budapest kam es am 23. Oktober 1956 zu einem allgemeinen Aufstand von Studenten, Arbeitern und übergeleiteten Militäreinheiten und dann zu den bekannten nachfolgenden Ereignissen, einschließlich des bewaffneten Eingreifens sowjetischer Militäreinheiten, in der Folge mit vielen Toten, Verurteilten und nach Österreich Flüchtenden.

Danach kam der Entstalinisierungsprozess ins Stocken, auch in der DDR. Mögliche weiterführende Reformen in Richtung auf eine demokratische Öffnung der Gesellschaft auf dem Boden des Sozialismus, also ohne die sozialistische Gesellschaft in Frage gestellt zu sehen, blieben aus. Stalinistische Züge in der SED und in der DDR-Gesellschaft wurden fernerhin kultiviert. Eine große Chance für eine demokratische Ausgestaltung der sozialistischen Gesellschaft blieb ungenutzt.

• WINFRIED STEFFEN



Von
**KLAUS
HUHN**

Um es unmissverständlich zu sagen: Olympia hatte eigentlich schon genug Ärger mit den Deutschen. Details müssen nicht aufgelistet werden. 2006 hat man sich nun einfallen lassen, die sogenannten Stasigesetze, an die man die Deutschen durch Medientrommelfeuer fast schon gewöhnt hat, nun auch noch in die olympische Arena zu schleppen. Das führte zu Ärger, aber das Internationale Olympische Komitee hielt sich im Vorfeld der Spiele wohlweislich zurück.

Um es ebenfalls unmissverständlich zu sagen: Eine Welt ohne Geheimdienste gibt es nicht. Daran hat sich die Welt längst gewöhnt und wenn der Agent der britischen Majestät James Bond andere Agenten erledigt, sind die Kinos überfüllt und die Tele-Quoten hoch.

Und um auch das noch unmissverständlich zu sagen: Nur die DDR durfte sich keinen Geheimdienst leisten! Und weil dessen Aktivitäten – übrigens weit weniger verhängnisvoll, als zum Beispiel die der CIA – pausenlos als die Inkarnation des unmenschlichen Sozialismus angeklagt werden müssen, braucht man ständig neue Beispiele.

Hörte ich da einen Zwischenruf? Geheimdienste haben aber doch bei Olympia nichts zu suchen! Darauf antwortet der Sporthistoriker: Der Chef der britischen alpinen Ski-Mannschaft 1936 in Garmisch-Partenkirchen war kein simpler IM, sondern ein hoher Geheimdienstoffizier und 1948 in St. Moritz traf man ihn wieder. Und dann 1953 in Berlin, wo zwar keine Olympischen Spiele stattfanden, von Briten und Yankees aber ein Tunnel in die DDR vorgetrieben wurde, um dort sowjetische Nachrichtenabel anzuzapfen. Der Mann, der bei dieser Operation die Mütze auf hatte, war besagter Olympia-Team-Chef. Oder: Als der CIA-Agent Agee plötzlich seinen Dienst quittierte und über seine Erlebnisse ein aufsehenerregendes Buch schrieb, gab er auch preis, dass er bei den Olympischen Spielen in Mexiko 1968 im Büro der USA-Mannschaft im Olympischen Dorf tätig gewesen war. Ich bin ziemlich sicher, dass wir uns damals dort begegnet sind, denn nach den aufsehenerregenden Demonstrationen

der Afroamerikaner im Stadion, jagte eine Pressekonferenz die andere im USA-Quartier. Nur wusste ich damals nicht, dass auch die CIA dort am Start gewesen war.

Nun also zur Gegenwart und zum deutschen Geschehen. Das Nationale Olympische Komitee hatte die sogenannte Behörde des Beauftragten für die Stasiunterlagen im Oktober gebeten, ihm Unterlagen zu schicken, ob die Olympiateilnehmer alle frei von Vorwürfen seien, je für den DDR-Geheimdienst tätig gewesen zu sein. Jenes Büro schickte – so offenbart sich jetzt – eine Antwort, wonach neun „betroffen“ seien, von denen drei nicht

Sportkolumne

Olympia und die Deutschen

nach Turin reisen sollten. Entschieden hatte das eine geheimnisvolle Kommission, von der sich bislang nur ein Maler aus Thüringen „geoutet“ hat. Die drei Betroffenen wurden nicht mit den Akten konfrontiert oder wenigstens vor ein Kreisgericht geladen, um einem Richter gegenüber zu den Vorwürfen Stellung nehmen zu können. Zwar hat man sich hierzulande längst daran gewöhnt, dass eine Zeitungsschlagzeile reicht, um eine Existenz zu ruinieren, aber einer der drei wollte sich nicht damit abfinden und beantragte eine einstweilige Verfügung. Die wurde von einem Landgericht akzeptiert und der Eiskunstlauftrainer Ingo Steuer daraufhin vom NOK noch auf die Olympialiste gesetzt.

Wie nicht anders zu erwarten, eröffneten die Medien ihr Dauerfeuer. Die *Sächsische Zeitung* zum Beispiel meldete: „Steuer Stasi-Akte soll 210 Seiten umfassen, darunter 15 Treffberichte, zwei handschriftliche Berichte ...“

Ich merke mal an, dass dies nach meinem Wissen weniger Akten waren, als die Stasi von einem gewissen Herrn St. bekommen hatte, der bekanntlich nach seiner Stasilaufbahn Ministerpräsident eines Bundeslandes und Minister der Bundesregierung geworden war.

Wie auch immer: Die *Sächsische Zeitung* hatte auch den „Behördensprecher Christian Booß“ interviewt

und der hatte erklärt: „Was unsere Behörde betrifft, ist das knappe halbe Jahr für die Prüfung von 150 Personen ein kurzer Zeitraum.“ Womit eingestanden worden war, dass die „Behörde“ die gesamte Olympiamannschaft „überprüft“ hatte, um danach thüringischen Malern und anderen Persönlichkeiten dem NOK empfehlen zu lassen, wer Deutschland bei den Olympischen Spielen vertritt.

Viel hatte man sich von Katarina Witt erhofft, über die Steuer ebenfalls Berichte geliefert haben soll. Die *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (2. 2. 06) fragte sie: „Waren Sie erstaunt darüber, dass auch Sie zu denjenigen gezählt haben, auf die Ingo Steuer... ein wachsameres Auge hatte?“ und erhielt die Antwort „Nein“, und sie fügte an, doch „hatte ich mich damals (1993) entschieden, nicht mit dem Finger auf jemanden zu zeigen oder eine öffentliche Jagd zu eröffnen. Dies tun jetzt aber Personen, die weder ... betroffen waren noch einen Bezug zu unserer damaligen Situation in der DDR haben“. Die *FAZ* bohrte: „Verurteilen Sie den offiziellen Stasi-Mitarbeiter Steuer ...?“ Darauf Kati: „Man darf nicht vergessen, wie jung die meisten gewesen sind ... Unser Lesestoff war ‚Timur und sein Trupp‘, ‚Käuzchenkuhle‘ oder ‚Nackt unter Wölfen‘ ... Es

gibt Dinge, die man nicht wissen kann, wenn man sie nie vorgestellt bekommt ... Alle ..., die meinen, jetzt sofort endlich der Gerechtigkeit Genüge tun zu wollen, sollten ihr Geltungsbedürfnis mal für einige Wochen ignorieren. ...“ Darauf die *FAZ*: „Ist es Ihres Erachtens an der Zeit, die Aufarbeitung der Stasi-Fälle nach so langen Jahren einzustellen?“ Kati: „Mir gefällt die Art und Weise nicht, wie mit der Problematik umgegangen wird. Ich kenne Steuer's Akte nicht, aber ich denke, dass 16 Jahre nach dem Mauerfall einerseits die Dinge so langsam aufgearbeitet sein sollten und andererseits, dass es an der Zeit ist, wichtigere Themen in den Vordergrund zu rücken. 14 Tage vor den Olympischen Spielen wird das plötzlich wichtig. Das alles trägt doch nicht dazu bei, dass Ost und West besser zusammenwachsen und es trägt auch nicht zu besseren Olympischen Spielen bei.“

Ich ende, wie ich begann. Olympia hatte eigentlich schon genug Ärger mit den Deutschen und schränke ein: Wohlweislich nicht mit allen. Zum Beispiel keinen mit Katarina Witt, die nicht nur an Olympischen Spielen teilnahm, sondern dort auch zweimal gewann, und das Anliegen des Begründers der modernen Spiele, Pierre de Coubertin, gut verstanden hat und es heute noch weiterträgt. Also sollte meine Schlagzeile besser lauten: Olympia und einige Deutsche.

Keine Liebe für junge Leichtathleten in Leipzig ...

Die Veranstalter der Leipziger Stadthallenmeisterschaften der Schüler C und D am letzten Januarwochenende hatten allen Grund zur Freude. Bei diesem offen ausgeschriebenen Wettkampf in den Hallen im Sportforum waren 253 Aktive gemeldet, darunter Gäste aus Thüringen, aus Gröditz und aus dem Leipziger Umfeld. Ob diese Gäste allerdings jemals wiederkommen, ist die große Frage, denn die Bedingungen für diese Veranstaltung waren alle andere als gut.

Ist es wirklich klug, eine Veranstaltung für 7 bis 11jährige Schüler von 12 bis 18 Uhr, also bis in den dunklen Abend hinein durchzuführen, nur weil die Hallen vormittags angeblich mit Trainingsbetrieb ausgelastet sind? Die Heimreise berücksichtigt, waren die Kinder zum Teil nicht vor 20 Uhr zu Hause!

Kann man diese jungen Leichtathleten, von denen einige ihren ersten Wettkampf bestritten, wirklich für diese Sportart begeistern, wenn in der Laufhalle mit einer provisorischen Heizung gerade mal Temperaturen im einstelligen Plusbereich erreicht werden? Eine Zumutung für die jungen Aktiven, die Übungsleiter, Eltern und Kampfrichter!

Da hinter vorgehaltener Hand bestätigt wurde, dass auch die Sanierung der alten Leichtathletikhalle im Jahr 2006 nun doch nicht beginnen wird, bleibt nur zu bemerken: Wollen die Verantwortlichen der Stadt Leipzig eigentlich noch die Olympische Sportart Nummer eins, die Leichtathletik, in ihren Mauern erhalten, oder soll mit dem „Nichtstun“ diese traditionsreiche Sportart weiter vom seit Jahren währenden „Todesgang“ begleitet werden!

Sicher gibt es in Leipzig auf dem Gebiet der Kultur viele Traditionen, die gepflegt werden wollen und müssen, aber auch der Sport hat in dieser Stadt Tradition – auch da ist wohl endlich eine intensive Pflege notwendig!

• PETER STRAUB

Die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland wirft nicht nur ihre Schatten voraus, sondern auch ihre Bücher.

• In *Best of WM* beispielsweise wird der Fußball-Weltmeisterschaftsgeschichte nachgespürt – als Reise durch die Fußballkontinente. Fußballer der vergangenen Jahre melden sich zu Wort – wie Pelé, Maradona, Beckenbauer und Lew Jaschin.

Geschichten aus Afrika werden ebenso erzählt wie die Erlebnisse einer wackeren Fußballelf von einer Vulkaninsel namens Montserrat. Natürlich nimmt das brasilianische Fußballwunder einen breiten Raum ein, feiern Fritz Walter und Co. ihre Auferstehung, wird die „Hand Gottes“ geschüttelt. – Eine Mischung aus Unterhaltungsliteratur und Information.

• Mit der WM 1970 beginnt die sogenannte „WM-Neuzeit“. Erstmalig wurden damals die Spiele in Farbe an die Fernsehstationen geliefert. Im 9. Band der AGON-Reihe WM-Geschichte aber bleibt sich der Verlag treu, er bleibt bei schwarz-weiß Fotos

Fußball in Büchern

und einer Menge unterhaltsamer als auch wissenschaftlicher Details. Brasilien gewann mit einem Pelé auf dem Gipfel seines Erfolges den dritten Titel. Aber auch Italien, Deutschland und England drückten dem Turnier den Stempel auf, das bis heute verklärt als das „beste aller Zeiten“ bezeichnet wird. Einen kleinen Anteil daran hatte auch der Markranstädter FIFA-Schiedsrichter Rudi Glöckner. Der damalige FIFA-Präsident Sir Stanley Rous lobte die Leistung Glöckners wie folgt: „Glöckner wirkte in jeder Phase energisch, absolut regelsicher und von einer Standhaftigkeit, die mir imponierte“.

• Eine Bibel des Fußballs könnte man das kleine in schwarzes Leder, mit Goldschnitt, Goldprägung und Lesebändchen gebundene Buch nennen. Auf 189 Seiten gibt es Informationen zu allen Dingen aus dem Umfeld des Fußballs. Es berichtet über Spieler, die den Verstand verloren haben, von der genauen Zusammensetzung einer Sta-

dionwurst, einer Aufzählung rauchender Profis, einem sehr genauen Überblick über die Mannschaftsbusse der Bundesligisten, inklusive PS-Zahl und Buslängern in Metern. Schnulli! Absurdes und Kurioses, Überraschendes und Skurriles, Auflistungen und Rangfolgen bislang nicht für wissenschaftlich erachteter Themen machen dieses Sammelurium ebenso lustig wie lehrreich.

• R. FIEBELKORN

Bürte Hoppe, Alex Feuerherdt (Hg.): Best of WM. Eine heitere Reise um die Fußballwelt. AGON Sportverlag, Fulda-Brück 2005. 128 S., 12,90 Euro

Folke Havekost, Hans Vinke: Fußballweltmeisterschaft 1970 in Mexiko. AGON Sportverlag, Fulda-Brück 2005. 128 S., 22,00 Euro

Eduard Augustin, Philipp von Keisenberg, Christian Zschke (Hg.): Fußball unser. Süddeutsche Zeitung Edition 2005. 189 S., 18,00 Euro

„Gott ist Liebe“

Ratzinger-Papst Benedikt XVI. nannte seine erste Enzyklika „Gott ist Liebe“ (Deus caritas est). Seiner theologisch-philosophischen Reflexion über die Gottes- und Nächstenliebe schließt sich ein Teil über das konkrete Umsetzen der Nächstenliebe an. Er anerkennt „das Erbauen einer gerechten Gesellschafts- und Staatsordnung“ als „grundlegende Aufgabe, der sich jede Generation stellen muss“. Einschränkend meint der Verfasser des Weltrundschreibens allerdings, dass „dies nicht unmittelbare Aufgabe der Kirche“ sei. Bereits vor Jahrzehnten schon hatte Josef Ratzinger – damals noch als Präfekt der Glaubenskongregation der katholischen Kirche – jene lateinamerikanischen Befreiungstheologen kritisiert und gemäßregelt, die für tiefgreifende sozialökonomische und sozialpolitische Veränderungen für die Menschen auf ihrem Kontinent eintraten. In seinem Rundschreiben nun, das ein päpstliches Regierungsprogramm darstellt, wendet er sich gegen den „totalen Versorgungsstaat“. Seltsam wirkt diese polemische Position zu einer Zeit, in der sich der Staat – wie in Deutschland – als Erfüllungsgelhilfe einer nur noch profitorientierten Wirtschaft versteht. Auch wenn die katholische Kirche ihre Aufgabe nicht im Verändern bzw. Abschaffen des Elends und mancher sozialer Nöte, sondern in deren Verwaltung sieht, so sehen das befreiungstheologisch geprägte Christen doch anders.

H. GERATHEWOHL, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

Zu LN 1'06: „Als Antifaschist in französischer Gefangenschaft“

Als 17jähriger wurde ich 1943 von der Schulbank einer Leipziger Oberschule zum Arbeitsdienst und kurz danach zur Naziwehrmacht eingezogen. Mit 18 kam ich in Italien in amerikanische Kriegsgefangenschaft und wurde in Oran den französischen Behörden übergeben. Dem „Heldentod für Führer, Volk und Vaterland“ war ich somit von der Schippe gesprungen. Doch hinter dem Stacheldraht beherrschten Rommels Afrikakorps-Soldaten das Kriegsgefangenenlager und terrorisierten die Kriegsgegner und Antifaschisten mit ihren Rollkommandos und Schlägertrupps. Blutig geschlagene Antifaschisten erhielten von den Kolonialoffizieren in der Lagerkommandantur lediglich die Aufforderung, in die Fremdenlegion einzutreten und so am Kampf gegen Hitler teilzunehmen. Doch die „Politischen“ aus dem Strafbataillon 999 – Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten, Christen – organisierten den Widerstand gegen den faschistischen Terror, bildeten einen Selbstschutz und schlossen sich in einer Antifagruppe zusammen. In regelmäßigen Bildungsab-

Werner Bertholds Beitrag löste bei mir einige Erinnerungen aus. 1946/47 war ich in einem englischen Stützpunkt in Toulon (Frankreich) eingesetzt. Die Gruppe war willkürlich zusammengesetzt, was den Kontakt untereinander erschwerte. Dazu kam, dass es keinerlei Bildungsarbeit gab, weder Vorträge noch Zirkel. Im Stützpunkt gab es noch ein Außenkommando eines französischen Kriegsgefangenenlagers zu dem Werner Berthold gehörte. Ihm gelang es, Kontakt zu einigen Antifaschisten unserer Dienstgruppe zu finden. So bildete sich nach und nach ein Dis-

PG 34 641 – meine „zweite Geburt“

den und größeren Veranstaltungen (z. B. zum Kriegsende oder zum 1. Mai) sprachen sie eine wachsende Zahl von Interessierten an und erzwangen schließlich eine Neubesetzung der deutschen Lagerleitung. In dem Thüringer Genossen Werner Mahrenholz habe ich in Nordafrika meinen „politischen Vater“ gefunden, der mir mit großer Geduld seine politischen Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Arbeiterbewegung vermittelte und mir den Zugang zu marxistischen Schriften ermöglichte. Diese Literatur hatten Genossen von ihren Außenkommandos mitgebracht und mühevoll ins Deutsche übersetzt, so u. a. „Revolutionen – Lokomotiven der Geschichte“ von Roger Garaudy, oder „Lohnarbeit und Kapital“ von Karl Marx, auch das kommunistische Manifest las ich damals.

Als im Mai 1947 die politischen Häftlinge aus der Strafeinheit 999 die Heimreise antreten

konnten, übernahm ich die Leitung des Antifa-Zirkels im Lager Tunis. Im Herbst 1947 wurde ich dann ebenfalls als Antifaschist vorzeitig entlassen. In meine Heimatstadt Leipzig brachte ich eine klare antifaschistische politische Position, theoretisches Grundwissen und ein schriftliches Gelöbnis der Antifaschisten des Kriegsgefangenenlagers Tunis mit, in dem sie mit ihrer Unterschrift besiegelten: „Jahre gemeinsamen Kampfes und gemeinsamen Weges haben uns gelehrt, daß wir überall dort geschlagen werden, wo wir gegeneinander stehen, und überall dort siegen, wo wir einig sind ... Deshalb werden wir uns in der Heimat dafür einsetzen, daß diese Einheit in ganz Deutschland verwirklicht und gegen alle Feinde geschützt wird.“ So wurde für mich die Lagerzeit in Nordafrika gewissermaßen zu einer „zweiten Geburt“.

DR. HERMANN SCZEPANSKY
CHEMNITZ

Lager prägte Lebensweg

kussionskreis, der sich zu einer Zelle formierte und sehr unterschiedlich zusammensetzte. Erschwerend war nicht nur die unterschiedliche Arbeitszeit der Einzelnen, sondern natürlich auch, dass wir uns illegal treffen mussten. Es ist das Verdienst von Werner Berthold, dass dies gelöst wurde und wir uns in der Gruppe treffen konnten. Meist aber führten wir Gespräche in kleineren Kreisen. Der Inhalt der Diskussionen wurde bestimmt von aktuellen Fragen wie die weitere Entwicklung

Deutschlands nach Gründung der Bi-Zone, die Rolle der sowjetischen Besatzungszone, die politische Betätigung nach der Entlassung. Werner Berthold verfügte über einige marxistische Schriften, die unter uns kursierten und über die dann auch diskutiert wurde. Dadurch wurden mir die Probleme auch verständlicher. Die Arbeit in dieser Gruppe hat bei mir zu einer Grundhaltung geführt, die meinen späteren Lebensweg wesentlich beeinflusst hat.

DR. KURT ETTIG, LEIPZIG

Ingo Steuer und der BND

Der BND hat, hat vielleicht, hat nicht ... Hat doch!!!

Nachdem die obskuren Machenschaften des BRD-Geheimdienstes nun nicht mehr zu verheimlichen waren, wurde zum Gegenschlag ausgeholt. Was eignete sich besser, als von Frau Birthler einen IM der Stasi aus dem Hut zaubern zu lassen. Damit die Stasi-Keule bei der Bevölkerung auch richtig wirkt, musste es ein Promi sein, so fiel die Wahl dieses Mal auf Ingo Steuer. Er war zwar gut genug, für die BRD eine Medaille zu erkämpfen und eine Medaillehoffnung für Turin zu schaffen, aber damit hat der Mohr auch schon seine Schuldigkeit getan. Zwei weitere Trainer sind ebenfalls von der Teilnahme an den Olympischen Winterspielen „befreit“.

Wer übrigens glaubt, dass andere Nationen nach den Olympischen Spielen ihre Sportler nicht befragen oder einen Betreuer (von welchem Geheimdienst auch immer) mit-schicken, ist nicht von dieser Welt.

Sollte Ingo Steuer ein Angebot aus dem Ausland annehmen, kann ihm das wahrlich niemand verübeln; dem deutschen Eiskunstlaufsport wird es auf jeden Fall schaden.

Enttäuscht und wütend über die mangelnde Solidarität der Olympiadeteilnehmer (besonders der „Ossi“), wünsche ich Ingo Steuer eine weitere erfolgreiche Trainertätigkeit!

BRIGITTE JANSEN, LEIPZIG

Rohrpost

Die akribisch und weitsichtig planenden und arbeitenden Tunnelbauer von Leipzig haben, wohl wegen ihrer gediegenen Arbeitsweise, ständig Probleme. Jetzt besonders mit Wasser. Diesem verdanken wir die schmückenden Rohrinstallationen, die zunehmend unser Stadtbild unübersehbar veredeln.

Hätte man sich nur rechtzeitig auf das Wasser besonnen, das offensichtlich innig mit Leipzig verbunden ist. Der berühmte Schauspieler Joseph Kainz berichtete gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts, dass er in Leipzig mit dem Boot vom Floßplatz nach Connewitz geschippert sei. Wären denn, an Stelle des ruinösen Tunnelbaus weitere wiederbelebte Wasserstraßen nicht eine originelle und zugleich traditionelle Lösung für Leipziger Verkehrsweg gewesen?

Dach dann hätten wir auf die Rohrinstallationen verzichten müssen, die sicher einigen auswärtigen Besuchern der Fußballweltmeisterschaftsvorstadt Verwunderungen abringen und heitere Rätsel aufgeben werden.

ALFRED SCHUMANN
LEIPZIG

Hamburger Korrespondenz

Husarenritt der schwarzen Regierung

Auch die Hansestadt Hamburg versilbert nun ihre restlichen Immobilien. Bereits verkauft wurden die Krankenhäuser der Stadt, an denen sie nur noch eine Sperrminorität hält. Für die stadteigenen Alten- und Pflegeheime läuft ein Bieterverfahren – dreißig Interessenten gibt es bereits. Für erhoffte 100 Millionen gibt Hamburg seine soziale Verpflichtung auf. Anders beim Verkauf stadteigenen Büros. Anfang September 2005 wurden in zwei Pakten insgesamt 39 Objekte der stadteigenen Immobilien zum Verkauf ausgeschrieben. Käufer ist Ixis Capital Partners, der als Immobilienfirma zur französischen Bankengruppe Caisse D'Epargne gehört. An die Franzosen gingen Innenstadtobjekte wie die Finanzämter, Justizbehörde, Gerichte, Bezirksämter und das neugebaute Staatsarchiv. Zum Immobilienpaket gehört auch das Gebäude, in dem das über Hamburgs Landesgrenzen bekannte Ohnsorg Theater sein Domizil hat. – Gewonnen wurde mit den Verkäufen so gut wie nichts, da die Stadt die Bürogebäude ja nun mieten muss. Noch traut sich die CDU-Regierung in

Hamburg nicht daran, die beiden stadteigenen Wohnungsbaugesellschaften zu verkaufen, wohl aus Furcht, 200.000 Mieter als Wähler zu verprellen.

Angedacht vom CDU-Senat ist der Teilverkauf der stadteigenen Verkehrsbetriebe Hamburger Hochbahn AG mit ihren Töchtern sowie der Hamburger Lagerhaus AG.

Englische Heuschrecken haben nach Berlin nun in den Medien der Stadt zugeschlagen. Die Finanzinvestoren um den Briten David Montgomery übernahm die „Hamburger Morgenpost“ – die einzige Tageszeitung, die nicht zum Springer-Konzern gehört. Um mit dem Blatt eine Rendite von 21 Prozent zu erzielen, soll es mit dem „Berliner Kurier“ fusionieren. In der Hauptstadt gehört dem neuen Eigentümer bereits der Berliner Verlag, der auch die „Berliner Zeitung“ herausgibt. Gegen die Übernahme der „Mopo“ gab es Protest der Gewerkschaft ver.di. Hamburgs CDU Senat enthielt sich einer Stellungnahme, schließlich wurde seine Politik stets von der Mopo kritisiert.

• KARL-H. WALLOCH

Arge Halbwahrheiten

Der Geschäftsführer der Arge Leipzig ging Ende Januar mit der Aussage in die Öffentlichkeit, es sei das Computerprogramm an den derzeitigen Problemen schuld. Das ist nur ein Teil der Wahrheit. Tatsache ist auch, dass Anträge einfach überhaupt nicht oder nur unter Androhung von Klage bearbeitet werden. Ich zum Beispiel reichte Ende Oktober einen Antrag für zusätzlichen Mehraufwand ein. Bis Mitte Januar hatte sich nichts getan. Als ich mich jetzt an die zuständige Sachbearbeiterin wandte, stellte sich heraus, dass der Antrag zwar ordnungsgemäß in meiner Akte lag, aber eben nicht bearbeitet worden war. Nun ging es plötzlich.

Entweder weiß der Geschäftsführer nicht, was in seinem Amt vor sich geht oder er will es nicht wissen. Genau so wenig geht er auf die Eingliederung von Behinderten und Schwerbehinderten ein. Seit 15 Jahren höre ich bloß das Lied vom Phantom der Arbeitsplätze. Etliche Behinderte werden nämlich erst gar nicht mehr vermittelt oder nur in sinnlose Maßnahmen gedrängt.

UWE POLZIN, LEIPZIG



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Montag, 13. Februar, 18 Uhr, Leipzig
Zur gegenwärtigen Lage der EU-Beitrittskandidaten(2007) Bulgarien und Rumänien im Vergleich. Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig
 Bürgerbüro Dr. Barbara Höll, MdB, Gorkistr. 120

Mittwoch, 15. Februar, 19 Uhr, Dresden
Im Dschungel ökonomischer Theorien: Keynesianismen. Mit Dr. Jürgen Leibiger, Dozent für Volkswirtschaftslehre, Dresden
 „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 16. Februar, 17.30 Uhr, Leipzig
Russische Einwanderer im heutigen Leipzig – Motive und Erwartungen, Situation und Probleme. Mit Prof. Dr. Erhard Hexelschneider, Leipzig
 Harkortstr. 10

Dienstag, 21. Februar, 18 Uhr, Leipzig
 StipendiatInnenseminar *Spieltheorie, an der Grenze zwischen Mathematik und Soziologie* Mit Thomas Kahle
 Harkortstr. 10

Dienstag, 21. Februar, 19 Uhr, Zwickau
AIDS – missratene Biowaffe und Bombengeschäft. Herkunft des Virus, Therapieansätze und deren Boykott. Mit Christoph Klug, Wissenschaftsjournalist.
 Alter Gasometer, Kleine Biergasse 3

Mittwoch, 22. Februar, 18.30 Uhr, Leipzig
Historische Alternativen zur Stalinisierung des deutschen Kommunismus. I USPD (Linke) und KPD (Spartakusbund) auf dem Wege zur Vereinigten Kommunistischen Partei (1919–1920). Mit Prof. Dr. Klaus Kinner, Leipzig
 Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 22. Februar, 19 Uhr, Chemnitz
AIDS – missratene Biowaffe und Bombengeschäft. Herkunft des Virus, Therapieansätze und deren Boykott. Neue Wege in der 3. Welt. Mit Christoph Klug, Wissenschaftsjournalist.
 DAStietz, Veranstaltungssaal der Stadtbibliothek, Moritzstr. 20

Mittwoch, 22. Februar, 19 Uhr, Leipzig
Wirtschaftswachstum ohne Ende? Lassen sich nur so die Probleme der Entwicklungsländer und des Sozialstaates lösen?. Mit Sven Giegold, Attac-Deutschland. In Zusammenarbeit mit Attac-Leipzig
 Schaubühne Lindenfels, Karl-Heine-Str. 50

Donnerstag, 23. Februar, 19 Uhr, Trebsen
Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung – Mehr Risiken als Chancen? Mit Prof. Dr. Rolf Reißig, Berlin. In Zusammenarbeit mit PDS-Kreisverband Muldentalkreis ***
 Hotel Schlossblick, Markt 8

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

Unser Genosse

Georg Koch

wurde am 5. Februar
 70 Jahre alt.

Dazu gibt es Blumen und ein großes Dankeschön für viele Jahrzehnte aktiver gesellschaftlicher Arbeit. Alles Gute wünschen die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 114/1 der Linkspartei.PDS

ISOR e. V.

Isor e. V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAIG neu vom Rentenstraftrecht bedroht sind. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistr. 1, Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

**Initiative
 Christliche Linke**

13. 2., 18 Uhr, Gemeindegottesdienst der Nikolaikirche Leipzig, Vortrag von Hermann Geratowohl: **Zum 100. Geburtstag des Theologen und Antifaschisten Dietrich Bonhoeffer.**

**Deutscher
 Freidenker-Verband**

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

23. 2., 16.30 Uhr, Gottschedstr. 31, (HH): **Volkssolidarität in unserer Zeit.** Ein Rundtischgespräch mit Herrn Kirsten von der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Schirmerstraße

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Februar neu bei uns:

Karl-Friedrich Lindenau: Ungebührliche Betrachtungen eines Mediziners. verlag am park, 14,90 Euro

James Risen: State of War. Die geheime Geschichte der CIA und der Bush-Administration. Hoffmann & Campe, 19,95 Euro

Arno Klönne, Daniel Kreutz, Otto Meyer: Es geht anders! Alternativen zur Sozialdemontage. PapyRossa Verlagsges., 13,50 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
 www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:

FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruher Straße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

Ostermarsch 2006

Auch 2006 wird wieder der traditionelle Ostermarsch (mit Fahrrad) am 14. und 15. April durchgeführt. Die Strecke führt am ersten Tag von Leipzig über Zeitz nach Naumburg, am zweiten Tag über Schkeuditz zurück nach Leipzig. Für Sonnabend ist ein Friedensfest geplant, bei dem sich Interessenten mit

einem Info-Stand präsentieren können (**Anmeldung:** ostermarsch_leipzig@yahoo.de). Den Abschluss bildet der „Alternative Osterspaziergang“ des VVNbDA.

Weitere Informationen jeden Freitag 16–18 Uhr im Liebknecht-Haus, AG-Zimmer oder bei www.ostermarsch-leipzig.de bzw. 0174 6923274



Mag uns der Wind der Marktwirtschaft auch noch so beuteln. Wir stehen! Leicht gekrümmt. Aber wir stehen. Auch dank Ihrer Hilfe – die wieder einmal dringend nötig ist!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
 Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860
 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises

Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündigt.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Denglisch oder Engleutsch in der BOOM-TOWN Leipzig

Kürzlich, bei einem Stadtbummel, wurde ich aufgefordert: Hol dir die SUN-POINTS! Ich hätte auch die SUNFACTORY nutzen können, das ist nämlich der SONNEN-DISCOUNT-GEIZ, bei dem ich einen Monat Sonne geschenkt bekomme. Da ich aber solchen Geschenken misstrauere, schaute ich mich nach einer anderen EVENT LOCATION um. Weit musste ich nicht gehen, um Mc CUT, den Friseur-DISCOUNTER mit einem Wahnsinnsangebot zu entdecken: DIAMOND NAIL FACTORY von MÄC BEAUTY; dem BEAUTYDISCOUNTER. Bei so viel DISCOUNT verzichtete ich lieber. Während ich noch über das MÄC mit ä nachdachte, entdeckte ich HAIR BY Henschel. Aber was sollte ich mit Haaren von Henschel? Als ich gar noch eingeladen wurde, beim Sonnen-Dealer Halt zu machen, verlor ich die Fassung. Dann versöhnte mich ein echtes HIGH-LIGHT: die Verkäuferinnen der Bäckerei

Wendel warben auf ihrer Berufskleidung BORN TO ROGG! Fassungslos verließ ich ohne Brot und Brötchen die BACK STAGE. Ich brauchte nun unbedingt einen FOOD-COURT, aber Fehlanzeige, den gibt es ja nur im NOVA EVENTIS (Latein klingt vornehm).

Weder MODERN HAIRSTYLE noch PROFI-HAIR-SHOP konnten mich aufhalten. Zu Hause angekommen: vier FLYER im Briefkasten. Ich ließ mich gedankenschwer in einen Sessel fallen, um beim Fernsehen zu RELAXEN. Nichts da! Ich musste nämlich erfahren, dass die YOUNGSTER die PACE machen, irgend jemand den SPIRIT für den Zielsprint hatte, RANKING wegen der Olympischen Winterspiele wichtig ist, die COACHES gut gearbeitet haben und Turin mit einer SUPER PERFORMANCE aufwarten wird.

Die HEADLINE meiner Zeitung versprach auch nichts Gutes, und die Verteilung diverser AWARDS an sogenannte Promis interessierte mich nicht.

Also nahm ich ein Buch zur Hand, von dem Wilhelm Grimm nicht sagen würde: „Keine andere Sprache befindet sich in einem so erbarmungswürdigen Zustand wie die deutsche.“

• BRIGITTE JANSEN



Welche Künstler der unterschiedlichsten Art wurden auf dieser Langspielplatte vereint?



Leipzig Herbie
Karl's Erdbeer und Herbie

Streit im Harz und Ratschläge von Gauck

UNGLAUBLICHES ERLEBTEN WIR in Pretzien. Als wir unweit Schönebeck wanderten, erzählte man uns eine heutzutage verblüffende Geschichte: Die Kita hatte erweitert werden müssen und die Gemeinde hatte sogar das Geld dafür in den Kassen. Schon weil dem Wanderer zuweilen vorgeworfen wird, zu oft Negatives in seinem Wanderbuch zu notieren, schien mir der Fall wie ein glückliche Fügung. Erst 2001 war diese Kita entstanden und nun fehlte schon Platz für zehn Kinder! Aufgenommen werden dort Kinder ab dem zarten Alter von neun Wochen und bleiben können sie bis zur Einschulung. Wir hörten uns um, nirgends war von Sponsoren die Rede, sondern nur vom rührigen Bürgermeister. Der hatte bei seiner Eröffnungsrede gesagt: „Ich hoffe, dass unser Dorf damit weiter ein Ort für junge Leute bleibt!“ Wir teilen seine Hoffnung!

ABER NICHT ALLERORTEN prägt Gemeinsinn und Sonnenschein die Atmosphäre der anhaltinischen Landschaft. Im Nationalpark Harz zum Beispiel ist Streit ausgebrochen, den man durchaus einen Ost-West-Streit nennen könnte. Im Park war der Fachbereich Waldentwicklung und Wildbestand neu zu besetzen. Die Anhaltiner und die Niedersachsen hatten sich geeinigt. In jeder Hinsicht auf

höchster Ebene: Schauplatz der Konferenz war Wernigerode und Verhandlungspartner die beiden Ministerpräsidenten Böhmer und Wulff, beide übrigens CDU. Und doch wollten die Niedersachsen plötzlich ihren Horst Hooge ins Amt bringen und opponierten gegen Sylke Möser. Wenn uns eine Wanderung demnächst wieder in die Gegend führt,

Wanderungen durch Neufünfland

werden wir vermelden, wie der Berggrabenkrieg ausging. Derlei muss man doch wissen!

UND WEIL WIR GERADE in der Gegend waren, fragten wir auch, was aus dem Bahnhof Halberstadt werden soll? Der verfällt wie ein alter Friseurladen, obwohl hier täglich an die 5000 Menschen ein- aus- oder umsteigen. Niemand weiss, was werden soll und nur ein Ulrich Kasten von der PDS engagiert sich immer mal wieder für energische Schritte. Aber keiner will sie mitgehen.

ÄRGER BLÜHT AUCH in Gardelegen-Kalbe wo ausgerechnet der Rettungsdienst „Altmark“ pleite ging. Zwar sollen die Rettungswagen jetzt aus dem Kreis Salzwedel kommen, aber die dürfen die schmutzige Wäsche nicht davonfahren können, die ständig in Gardelegen-Kalbe gewaschen wird. Die einen

behaupten, der Unternehmer, der das Rettungswesen in Privathand nahm, als die freie Marktwirtschaft alle Türen öffnete, trage die Schuld, der aber macht das Landratsamt verantwortlich. Wir zogen weiter und schüttelten ein wenig die Köpfe. Wir wollten gern wissen, wer nun wen künftig dort rettet?

DANN TIPPELTEN WIR INS Brandenburgische, wo sie uns in einer Eisenhütter Schänke erzählten, dass man sich dort um die

Zukunft des EKO sorgt. Nicht nur wegen der Arbeitsplätze, nein das Stahlwerk ist ja auch ein rühriger Sponsor, zahlte und zahlt für Schwimmhallen in der Stadt und wird dafür gepriesen und gelobt. Zu Recht. Auch, weil man hier und da vergessen hat, wie das früher gehandhabt worden war. Aber daran wurden wir erinnert, als wir durch Zwickau kamen, wo der Pastor Gauck unlängst den Schülern der Kollwitz-Schule dringend geraten hatte, auf keinen Fall zu glauben, was ihnen Eltern oder Großeltern über die DDR erzählen. Man zeigte uns einen Ausschnitt aus der Zeitung mit dem klassischen Gauck-Zitat: „Fallen Sie nicht darauf rein!“

Worauf sie stattdessen reinfallen dürfen oder gar sollen? Na, auf Gauck!

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied und solche Sprüche: Das erzählen Sie mal einem 17-jährigen, der in Hoyerswerda nach der Schule ohne Lehrstelle dasteht. Oder die Wirtschaftskapitäne, die riesige Unternehmen an die Wand fahren und dann Solidarität von unten fordern: Liebe Verkäuferinnen, wir können Euch leider nicht weiter beschäftigen, weil sonst unsere Abfindungs-Millionen auf dem Spiel stehen ...

Sänger Roland Kaiser, LVZ 6. 1.

2005 sind 1100 internationale Touristen in die Sperrzone von Tschernobyl gekommen. Es werden jedes Jahr mehr. Sie bezahlen 150 Dollar pro Person und Tag. Zur Führung gehört auch die Besichtigung der völlig verlassenen früheren Musterstadt Pripjat in unmittelbarer Nähe von Tschernobyl.

3sat 8. 1.

Tschibo hat 2004 einen Gewinn von 747 Millionen Euro gemacht. Ein Teil wird durch die Ausbeutung der Näherinnen in asiatischen Staaten erzielt. Eine Näherin in Bangladesh erhält bei meist 60-stündiger Wochenarbeitszeit 18 Euro im Monat. Wird das festgelegte Tagessoll nicht

erreicht, muss oft ohne Bezahlung länger gearbeitet werden. Die meisten Näherinnen leben in Slums.

DLF 9. 1.

In der BRD werden jährlich 15000 Tonnen Aromen hergestellt. Das Himbeer-Aroma für die Joghurt-Herstellung wird aus Zedernholz gewonnen. Mit der Welt-Himbeerernte könnte nur ein Bruchteil des Joghurts hergestellt werden. Die Gesundheitskeime in den probiotischen Joghurts sind vor allem Fäkalkeime. Süßstoffe sind solche Dickmacher, dass sie sogar in der Viehmast eingesetzt werden.

3sat 11. 1.

32 Millionen Menschen in der BRD haben inzwischen 2 oder 3 Arbeitsstellen. 700 000 Familien beziehen trotz Vollzeitjobs Arbeitslosengeld II. Jeder fünfte Arbeitnehmer in der BRD gilt trotz Vollzeitjob als arm.

In den 70er Jahren galten Plattenbauten auch im Westen als schick – z. B. in Bremerhaven. Die Häuser unterscheiden sich in nichts von denen in der DDR.

beides MDR-Fernsehen 17.1.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,

Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzig_neue@t-online.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig,

Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

7. Februar 2006

Die nächste Ausgabe erscheint am 24. Februar 2006

Spendenkonto

für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40